

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonntags.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Postgeb. Bestellungen nehmen an alle Postämtern, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Kottbuserdamm 231.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro vierpallige Beilage 30 Pf., Stellengelege 20 Pf.; für Verbandsmitglieder 20 Pf., Veranlagungsanzeigen zc. 10 Pf. Privatangelegenheiten ist der Betrag beizufügen.

Nr. 42.

Berlin, den 16. Oktober 1909.

25. Jahrgang.

25

Sahre besteht nun bald unsere Organisation. Am 1. Mai 1910 wird sie ihr 25 jähriges Jubiläum feiern können.

Kollegen und Kolleginnen! Auf zu fleißiger Agitationsarbeit!

In jedem Gau, in jeder Zahlstelle wetteifere jedes Mitglied in der Werbearbeit für den Verband, damit am 25 jährigen Geburtstag der Organisation gezählt werden

25 000 treue Mitkämpfer!

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Eine Erhöhung des Lokalbeitrages für männliche Mitglieder von 5 auf 10 Pf. pro Woche ist der Zahlstelle Ziel und eines solchen von monatlich 10 auf wöchentlich 5 Pf. für die Mitglieder der 1. und 2. Beitragsklasse der Zahlstelle Frankfurt a. M. genehmigt worden.

2. Da Anfang November ein neues Adressenverzeichnis herausgegeben werden soll, so ersuchen wir die Bevollmächtigten dringend, uns etwaige Adressenänderungen, sofern solche durch die „B.-Z.“ noch nicht veröffentlicht sind, bis spätestens zum 25. Oktober angeben zu wollen. Um das Verzeichnis durch unrichtige Angaben nicht von vornherein an Wert einbüßen zu lassen und unseren reisenden Kollegen unnötige Wege und Unannehmlichkeiten zu ersparen, rechnen wir mit Bestimmtheit auf rechtzeitige Angaben aller in Betracht kommenden Veränderungen.

3. In den Berichtskarten für die vom Kaiserlich Statistischen Amt geführte Statistik über Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden und in den diesbezüglichen Anweisungen ist gesagt, daß als Stichtage für die in den Feldern 7—12 der Berichtskarten (vergl. Handbuch Seite 224) zu machenden Angaben die letzten Arbeitstage der 4., 8. und 13. Quartalswoche zu betrachten sind. Da im laufenden Quartal der 1. Weihnachtsfeiertag auf den letzten Tag der 13. Quartalswoche fällt, dieser und auch der vorhergehende Tag aber für die Aufnahme nicht geeignet erscheinen und auch noch fünf Arbeitstage bis zum Quartalschluß folgen, hat das Statistische Amt bestimmt, daß für die Aufnahmen im 4. Quartal 1909 der 23. Oktober und 20. November d. J. und der 1. Januar n. J. gelten sollen, wovon die in Betracht kommenden Funktionäre des Verbandes Notiz nehmen wollen.

Der Verbandsvorstand.

Kampf dem Erbfeind!

I.

In der Volksschule lehrt man den Kindern, daß ein Erbfeind des deutschen Volkes im Westen jenseits der Grenze wohne. Unsin ist's und freche Kluge! Im Osten haßt des Volkes gefährlichster Feind, und noch innerhalb der Landesgrenzen hat er seine Stätte! Die Schnapsjunker sind die Erbfeinde des nach Freiheit ringenden deutschen Volkes.

Schwer lastet ihre brutale Faust auf ihm, sie beherrschen den gesamten Verwaltungsapparat der Regierung, und eine ungerechte Wahlkreiseinteilung sichert ihnen auch eine entscheidende Stellung im Reichsparlament. Sie beherrschen so die Geschicke des Volkes, sehr zu dessen Schaden nur ihrer kleinen Clique zum Nutzen. Die Schmarogerherrlichkeit der Junkerclique ist ein eiterndes Geschwür am deutschen Volkskörper; ausgeschnitten und ausgebrannt muß es werden!

Die politische Macht einer Klasse entspricht ihrem ökonomischen Einfluß. Wir wissen das längst. Aber wir müssen es nochmals aussprechen, um uns klar zu werden über die Waffen im Kampf gegen die Junker. Trotzdem ihre Clique klein an Zahl ist, ist ihr ökonomischer Einfluß groß, und sie wissen ihr mit klugem Geschick so auszunutzen, daß er progressiv gesteigert zur Anwendung gelangt. Ihren politischen Einfluß mißbrauchen sie zu schamloser Selbstbereicherung; ihre Beute aus ihren Raubzügen auf die Taschen des Volkes nützen sie, um ihre Söhne und die sonstigen Glieder ihrer Clique so auszubilden, daß sie in der Staatsverwaltung und im Heere bevorzugte Stellungen erhalten. Und da sie diese Politik seit Jahrhunderten konsequent durchgeführt haben, ist diese Spekulation keine falsche. Die Staatsmaschinerie ist in ihren Händen, und sie halten sie fest. Kein Wunder, daß die innere Verwaltung und alle gesetzgeberischen Vor schläge der Regierung das Charakteristikum ostelbischer Reaktion an der Stirn tragen und hüßlich darauf zugeschnitten sind, die Macht und den Einfluß der preußischen Junker für alle Ewigkeit zu erhalten. Solange die Junker im Mohre sitzen, werden sie auf Kosten des Volkes ihre Pfeifen zu schneiden wissen, heute so gut, wie es ihre Vorfahren früher taten, denen um die Mitte des vorigen Jahrhunderts der konservative Schriftsteller George Hejel in seiner „Churprinzenbraut“ ein hüßliches Verschen ins Stammbuch schrieb, das die „Berliner Volkszeitung“ jetzt verdientermaßen aus dem Dunkel der Vergessenheit zog:

Die im Sand und die im Luge,
Blows, Rogows, Schenten, Bude,
Die im Auf und die im Felde:
Reum, Mohre, Winterfelde;
Die im Sumpf und die im Sande:
Stoecker, Viehen, Jagow, Brande,
Marwit, Medern, Renslize;
Keiner ist der Welt was nütze.
Alle sind vom selben Holz:
Statten, Galt, Groeben, Goltz,
Reuste, Steingarnl und Schieden —
Das ist unsere böse Siebenl
Hagen, Erz- und Wartenleben —
Nehmen seliger als geben!
Die im Wald und die im Dorfe:
Radows, Burgs- und Goltkenborffe,
Goerffe, stanzl, Duitkow, Quatte —
Mühen all auf einem Nie.
Die zur Rechten, die zur Linken,

Alle wollen essen, trinken!
Die zur Linken, die zur Rechten,
Alle wollen tapfer „fechten“,
Sihen fest in Sumpf und Heide;
Aber trotz dem feid'nen Heide,
Aber trotz der großen stumfer
Weibens' unre mät'rsden Junker!

Soll der politische Einfluß der volksfeindlichen Junkerclique gebrochen werden, so gilt es zunächst, auch ihre ökonomische Stellung zu erschüttern. Und diese Aufgabe ist leichter gestellt als gelöst! Die Junker in der Verwaltung, und die Getreidespekulanten unter ihnen, kann das Volk nicht gut erfolgreich hohlstotieren, zumal die Letzteren, dank der Wafschlappigkeit des deutschen Bürgertums, durch hohe Zollschranken sich vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen wußten. Aber die Junker haben sich auch andere Einnahmequellen auserkoren; die Versenkung des deutschen Volkes durch Fuselgift ist junkerliche Spezialität!

Die Branntweinproduktion ist für die Junker eine lukrative Einnahmequelle geworden, namentlich, weil sie es auch hier verstanden, ihren Einfluß auf die Gesetzgebung zu ihrem persönlichen Vorteil auszubenten. Zunächst, indem sie durch hohe Zollmauern sich ebenfalls die Konkurrenz der ausländischen Fuselbrenner vom Leibe hielten, dann auch, indem sie bei der Besteuerung der inländischen Branntweinproduktion die skandalöse Liebesgabe für Schnapsbrenner durchsetzten. Mit der Liebesgabe hat es folgende Bewandnis: Das Steuergesetz sieht eine Kontingentierung der Produktion vor, d. h. ein bestimmtes Quantum derselben wurde bisher mit 50 Mk. Steuer pro Hektoliter belastet, und auf jedes Hektoliter, das über dieses Kontingent hinausgebrannt wird, wurden 70 Mk. Steuern gepackt. Da nun das Kontingent weit niedriger war als der Konsum, so hatten die Branntweinproduzenten leichtes Spiel, um auf die Konsumenten den höchsten Steuerbetrag abzuwälzen, und konnten so an jedem Hektoliter des kontingentierten Branntweins 20 Mk. Extraprofit verdienen. Damit ihnen dieser Extraprofit ja nicht entgehen kann, haben sich die Schnapsbrenner auch noch zu einem Syndikat, der Spirituszentrale, zusammengeschlossen. Für den einzelnen Brennereibesitzer ist dieser Extraprofit sehr bedeutend. Ein Rittergutsbesitzer, der eine Brennerei mit einem Kontingent von 500 Hektoliter hat, erzielt 10 000 Mk. Liebesgabe im Jahr!

Als durch die neue sogenannte Reichsfinanzreform eine halbe Milliarde neuer Steuern auf den schon so schwer bepackten Nacken des Volkes gelegt werden sollte, da plante selbst die Junkerregierung, dieser skandalösen Liebesgabenpolitik ein Ende zu machen. Aber mit Hörnern, Zähnen und Klauen haben die Junker im Reichstag ihren Extraprofit

verteidigt, und die Zentrumspaffen erteilten ihren Segen dazu. Kein Wunder, denn die jüngerlichen Schnapsbrenner sind im Reichstag stärker wie jede andere Erwerbsgruppe vertreten und beschützen dort ihre Privatinteressen in aller Ungeniertheit und mit aller Rücksichtslosigkeit. Die nachstehende Liste führt die Anzahl Schnapsbrenner auf, die sich im Reichstage haben, unter Beifügung des Namens des Gutes mit Schnapsbrennereien, die sich in ihrem Besitze befinden. Die beigefügten Einzelbuchstaben bedeuten: D.-A. = Deutsch-Konföderativ, Z. = Zentrum, P. = Pole, D.-P. = Deutsche Reichspartei, wie wir zur Orientierung unserer Leser noch erwähnen wollen:

- Graf Jind zu Sindenstein, D.-A., Zatzewo.
- Reibel, D.-A., Salufen.
- Freib Willens, D.-A., Sypnielwo und Dobrin.
- Stubbendorf, D.-A., Zapel.
- Wischer, D.-A., Rendof.
- Dietrich, D.-A., Mekelstow.
- v. Napheglt, D.-A., Stolow.
- v. Dierßen, D.-A., Jessen.
- v. Steinäder, D.-A., Koenfelde.
- Gaus Adler v. Pullitz, D.-A., Parselwitz.
- v. Michaelis, D.-A., Anahow.
- v. Bonin, D.-A., Vahrensulch.
- Graf Matthias v. Mielzynski, P., Eshobnice, Grotzig und Bentz.
- v. Trzynski, P., Gocanowo.
- Fürst Radzwill, P., Gorzyce und Przychodice.
- Graf Carmer-Esten, D.-A., Mebe und Borne-Tschirnan.
- v. Gehdebrand und der Lase, D.-A., Prosch.
- Euen, D.-A., Storfchil.
- v. Nischhofen, D.-A., Damsdorf.
- Graf v. Grafama, Z., Scheppanowit.
- Fürst Sodenlohe-Dehringen, D.-A., Jarischow, Stalkwasser, Wjawa, Zlabentz, Gr. Lajnowit, St. Lajnowit, Witschin, Chedau und Zinspo.

Die Liste macht keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit, es ist leicht möglich, daß uns dieser oder jener Name eines Edlen, der das praktische Gewerbe der Vergiftung des Volkes mit Fusel und die Geschmacksaderei in seiner Person verbindet, entgangen ist. Alle diese hochadeligen Herren, die peinlich bedacht sind, die Formen des Anstandes und der Courtoisie im privaten Leben zu wahren, sie finden es mit dem politischen Anstand und der politischen Moral wohl vereinbar, ihre Stimme in die Waagschale zu werfen, wo es gilt, durch ein Gesetz sich und den Ihren auf Kosten der Schnapsrinker, also zumeist der Edlen und Enterbten, Extraprofite zu verschaffen. Der entscheidende, die Liebesgabe betreffende Paragraph des Schnapssteuergesetzes, wurde in namentlicher Abstimmung mit 205 gegen 142 Stimmen angenommen. Von den aufgezählten Schnapsbrennern waren ein paar nicht anwesend, die übrigen stimmten mit Ja! Hätten sich alle Abgeordneten, die persönlich an der Sache interessiert sind, der Abstimmung enthalten, wie es die einfache Anstands-pflicht gebietet, die Liebesgabe wäre gefallen.

Solche schamlose Deutepolitiker sind die Erbfeinde des deutschen Volkes, und ihnen gilt der Kampf aller wahren Volksworte. Das Leipziger Arbeiterparlament hat dieser Tage erst die Massen zu einem konzentrierten Angriff wider die Schnapsbrennerschiffe auf den Plan gerufen. An ihrem Geldbeutel, ihre empfindlichste Stelle, sollen sie getroffen werden durch den Schnapsbofott! Nicht nur die Branntweinsteuer soll durch dessen Anwendung

der Regierung verweigert werden, nein, auch die Einnahmen der preußischen Zunker sollen nach Möglichkeit vermindert werden, und wird der Schnapsbofott mit aller Energie und strengster Rücksichtslosigkeit durchgeführt, dann dürfte es gelingen, durch ihn die ökonomische Stellung der preußischen Zunker so zu erschüttern, daß auch ihr politischer Einfluß ins Wanken gerät.

Wie sehr die Herren einen Rückgang ihrer Einnahmen durch den Rückgang des Branntweinkonsums fürchten, das hat der Geh. Regierungsrat Professor Dr. W. Delbrück, der Geschäftsführer des Verbandes deutscher Spiritusfabrikanten, auf der 57. Generalversammlung des Verbandes, die am 26. Februar 1909 in Berlin tagte, durch geistiges Toben gegen die Abstimmungsbewegung verraten. Am dieser Bewegung entgegenzuwirken und Propaganda für ihr Fuselgeist zu treiben, wollten sich die Herren für 20 000 Mk. Jahresstipendium nun Wissenschaftler kaufen, damit diese die „Vorzüge“ des Fusels „wissenschaftlich“ begründen. Ueber 33 „wissenschaftliche“ Beamte, darunter 7 Professoren, 18 Doktoren und 4 Ingenieure, verfügte der Verein der Spiritusfabrikanten schon bisher, ohne daß es ihm gelungen wäre, den Rückgang des Schnapskonsums aufzuhalten. Möge es ihm nie gelingen!

Wenn bisher die Agitation einiger Weniger den Schnapszunker schon solch arge Kopfschmerzen bereitet, so sollen diese nun noch ärger werden. Die klassenbewußte Arbeitererschaft Deutschlands tritt auf den Plan, um den Kampf mit ihrem Erbfeind aufzunehmen; den Zunker und ihren Schnaps hat sie den Krieg erklärt! Ueber eines ehrlichen Arbeiters Lippen darf weiterhin nicht ein Tropfen des Fuselgeists gleiten! Schmach möge den treffen und Schande sich auf jenen häufen, der in diesem Kampf die Fahne des Proletariats verrät und sich auf die Seite des Erbfeindes stellt! Die Arbeiter sollten darauf achten, daß in keiner Fabrik, an keiner Arbeitsstätte die Schnapsflasche mehr Eingang findet. Können sie diese Selbstsucht nicht üben, dann sind sie auch nicht befähigt, ihre Interessen gegenüber der kapitalistischen Ausbeutung wahrzunehmen, denn diese Wahrnehmung erfordert eine noch viel härtere Disziplin!

Der 13. September 1909, an dem der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie den Schnapsbofott beschloß, er muß zu einem ruhmreichen Gedenktag in der deutschen Kulturgeschichte werden! Seine Wirkung muß den guten Eindruck tausendfach verstärken, den dieser Boftotbeschlus in allen Kreisen des Volkes hervorrief.

Ueber den Entschlus zum Schnapsbofott schreibt z. B. ein entschiedener Gegner der Sozialdemokratie, der Antirichter Popert in Hamburg: „Es könnte die bürgerlichen Parteien kein schwererer Schlag treffen, als wenn die Sozialdemokratie den Kampf gegen den Alkoholismus aufnehmen würde, ohne daß sich die bürgerlichen Parteien daran beteiligen, denn dadurch würde sich die Sozialdemokratie die moralische Ueberlegenheit über jene sichern.“ Diese moralische Ueberlegenheit, dieses stolze Bewußtsein unserer großen Kulturtaufgabe, mag uns helfen, den Ruf des Leipziger Parteitages fortzupflanzen, bis er in die letzte Hütte dringt: Wir Sozialdemokraten und Gewerks-

chaftler wollen Freiheit, Recht, Bildung, Keuschheit, Kraft, Gesundheit. Darum fort mit dem unerschöpflichsten Feinde aller dieser Menschheitsgüter! Nieder mit der Schnapspest! Nieder mit dem Schnapsgenuß! Nieder mit der Schnapsflahe!

Kampf den Erbfeinden: Zunker und Alkohol!

Die Kartonnagenzuschneider — Vertrauensmänner des Unternehmertums?

Obwohl die Erzeugung von Kartonnagen aller Art in den letzten zwei Jahrzehnten eine riesige Ausdehnung erfahren hat, obwohl die Entwicklung des ehemals sachmännlich geleiteten Betriebes eine immer kapitalistischerere Tendenz aufwies und noch aufweist, und diese Tendenz dahin geführt hat, daß die größte Mehrzahl der Kartonnagenfabriken sich heute in den Händen des Kaufmanns, des Purkapitalisten befindet, hat doch diese Entwicklung nicht vermocht, daß in dem so mächtig aufstrebenden Industriezweig eine ebenso entschlossene und zielbewußt vorwärtsstrebende Arbeitererschaft beschäftigt ist. Das gilt hauptsächlich von den Kartonnagenzuschneidern, denen die modernen Organisationsbestrebungen zum Teil noch verschlossen sind oder, sofern sie der Organisation nicht direkt feindlich gegenüberstehen, aus Furcht vor ihren Brotherrn abseits stehen bleiben. Auch andere Ursachen kommen hinzu. Wirtschaftliche Abhängigkeit, jahrzehntelange gewalttätige Unterdrückung jeder sich selbst in den bescheidensten Grenzen haltenden freien Bewegung der Zuschneider, der starke Zustrom aus anderen Berufsgruppen und nicht zuletzt die beinahe traditionelle enorm lange Arbeitszeit, in Verbindung mit meist erbärmlichen Löhnen — das und verschiedenes anderes muß in Betracht gezogen werden, um die gegenwärtige Lage der Gesamtheit der Kartonnagenzuschneider voll würdigen zu können.

Die Entwicklung hat aber weiter noch ein verberbliches System gezeitigt. Im modernen kapitalistischen Zeitalter vollzieht sich die Errichtung einer Kartonnagenfabrik oft äußerst einfach. Es werden eine größere oder kleinere Anzahl Hilfsmaschinen — meist auf langfristige Wechsel — gekauft, ein Werkführer eingestellt, und die Produktion beginnt; damit aber auch zugleich die meist recht fauberen Manipulationen des Unternehmers! In den meisten Fällen gelingt es dem Fabrikanten, dank der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Werkmeister, in kurzer Zeit hinter die elementarsten „Geheimnisse“ der Fabrikation zu kommen. Hat er aber nur oberflächliche Kenntnisse erworben, so kann ihm dann oft der Werkmeister nichts mehr recht machen. Es kommt zu Meinungsverschiedenheiten, zu ernstlicheren Differenzen, zur Katastrophe und — der Herr Chef hat sein Ziel erreicht: er ist die nach seiner Meinung zu tuere Kraft los und kann nun die oft längst bereitstehende Ersatzkraft einstellen. Mit Vorliebe werden hierzu jüngere Zuschneider ausgewählt, die vor allen Dingen nicht jowil kosten und neben ihrer eigentlichen Tätigkeit, das Personal mit Zuschnitt zu versorgen, noch verschiedene andere Verpflichtungen mit übernehmen müssen und auch übernehmen. So z. B. das Anlernen von, meist jugendlichen, Hilfskräften zum Bedienen der verschiedenen Maschinen, die Kontrolle über pünktlichen Beginn der Arbeit

Pierrot.

Von Guy de Maupassant.

II.

Mitten in der großen Ebene hinter dem Dorfe bemerkte man eine Art Hütte oder vielmehr ein kleines Strohdach, das auf dem Boden zu liegen schien. Das war der Eingang zu Pierrots Todesstätte. Ganz senkrecht führt von dort ein Brunnen zwanzig Meter tief unter die Erde und endigt in einer Reihe langer Gänge und Höhlen. Einmal im Jahre steigt man dort hinab, die ganze übrige Zeit dient die Höhle den zum Tode verurteilten Hunden als Begräbnisplatz und oft, wenn man an ihrem Munde vorübergeht, steigt ein langgezogenes Stöhnen, wütendes oder verzweifelltes Gebell, angstvolles Geheul bis zu dem Wanderer herauf.

Die Jäger- und Schäferhunde fliehen entsetzt aus der Nähe dieses von Wehklagen wiederertöndenden Loches, von dem ein schauerhafter Geruch der Verwesung aufsteigt.

Furchtbare Tragödien spielen sich da unten im Dunkel ab.

Wenn ein Tier seit zehn oder zwölf Tagen in Todesnöten unten liegt, bis jetzt eben noch genährt von den faulenden Ueberresten seiner Vorgänger, wird plötzlich ein viel größeres und stärkeres Tier in das Loch gestürzt. Da stehen sie sich mit glühenden Augen, allein, verhungern, gegenüber. Sie belauern sich, streichen aneinander vorüber, zögernd,

und voll Angst. Doch der Hunger stachelt sie, sie fallen übereinander her und kämpfen lange und erbittert, der Stärkere besiegt den Schwächeren und verschlingt ihn bei lebendigem Leibe.

Als es beschlossen war, daß Pierrot in dieses Loch geworfen werden sollte, sah man sich nach einem Helfer um.

Der Bengel vom Nachbar wollte sich mit fünf Sou für den Weg zufrieden geben, doch auch das war noch zu viel; und als Rosa geäußert hatte, es wäre vielleicht am besten, sie trüge ihn selbst dahin, damit er unterwegs nicht auch noch mißhandelt werde und sein Schicksal ahnen könne, beschloßen die beiden Frauen, bei einbrechender Dunkelheit den Todeskandidaten selbst an den Ort seiner Bestimmung zu bringen.

Er bekam an diesem Abend einen Teller gut gekochten Brei, den er bis auf die letzte Spur ausleckte, und als er dann zum Zeichen der Dankbarkeit mit dem Schwanz wedelte, nahm ihn Rosa in ihre Schürze.

Sie eilten mit großen Schritten wie Landstreicher über die Ebene. Wald waren sie am Ziel. Madame Lefebvre beugte sich über das Loch, um zu hören, ob ein Tier in demselben heulte. Nein, es war keins da. Pierrot würde allein sein. Rosa weinte, küßte ihn noch einmal und warf ihn hinab, dann lauschten sie beide mit gespikten Ohren nach unten.

Erst vernahmen sie ein dumpfes Aufschlagen, dann das spitze, herzerreißende Zammern eines

verwundeten Tieres, und nach ein paar Schmerzensausbrüchen sein verzweifelltes bitendes Wollen, wobei er den Kopf nach oben gestreckt haben mußte. Er bellte! Er bellte!

Sie wurden plötzlich von Bewußtseinsbissen, von Schreck, von einer tollen und unerklärlichen Angst erfaßt und rannten eilends weg. Und da Rosa etwas schneller lief, rief ihr Madame Lefebvre ängstlich zu: „Warten Sie doch! Warten Sie doch!“

In der Nacht stöhnten sie beide unter furchtbarem Alpdruck.

Madame Lefebvre träumte, sie setze sich zu Tisch, um ihre Suppe zu essen, als sie aber den Deckel von der Terrine nahm, war Pierrot darinnen. Er sprang heraus und biß sie in die Nase.

Sie erwachte und glaubte ihn noch bellern zu hören. Sie horchte und fand, daß sie sich getäuscht habe.

Sie schlief von neuem ein und befand sich auf einer großen Landstraße, die sich endlos hingog und die sie hinabwanderte. Plötzlich sah sie mitten auf dem Wege einen Korb stehen, einen großen Korb, wie ihn die Bauern haben und dieser Korb erfüllte sie mit Angst.

Endlich öffnete sie ihn jedoch und heraus sprang Pierrot, biß sie in die Hand und ließ dieselbe nicht mehr los. Außer sich vor Angst rannte sie davon, den Hund, dessen Zähne nicht nachließen, mit sich schleppend.

(Schluß folgt.)

und das Antreiben der in Lohn Beschäftigten wäh- rend derselben. Wehe dem armen „Meister“, wenn die angegebene Löhrenzahl mit den erreichten Lei- stungen nicht annähernd in Einklang zu bringen ist. Weiter hat nicht selten der neue, als Zuschneider eingestellte „Meister“ für jeden Maschinenbestand und Materialverlust persönlich zu haften, und neben vielen anderen Verrichtungen, die ihm im Laufe der Zeit aufgeschult werden, insbesondere streng zu wachen, daß sich keine Verbändler, keine „Geher“ im Betriebe breitmachen, die die „Erzitzung“ desselben in „Gefahr“ bringen könnten.

Wagt nun ein so belastetes Gebudstier, um bescheidene Lohnaufbesserung vorstellig zu werden, dann bewährt sich das kühl kalkulierende Unter- nehmen sofort in der Rolle des Pharmazenten, indem es dem Wiltenden eine Dosis weiße Salbe vorsetzt, die so aussieht:

„Unserer heutigen Besprechung gemäß bestätigen wir Ihnen hiermit schriftlich die Zusage, daß Sie, in Voraus- setzung einer dauernden, fleißigen und redlichen Mitarbeit in unserem Geschäft, neben dem üblichen vereinbarten Lohne, von uns je am Schlusse eines abgelaufenen und abgeschlossenen Geschäftsjahres eine Extra-Vonifikation von einhalb Prozent (½ Proz.) auf den eingangsfristigen Umsatz erhalten werden.“

Diese „gütig“, schriftlich niedergelegte, Ver- pflichtung ist typisch! Wenn auch die Art der Be- rechnung — wo von einer solchen gesprochen werden darf, da auch oft von vornherein bestimmt festgesetzte Beträge als sogenannte Weihnachts- oder Neujahrs- gratifikationen ausgezahlt werden — eine verschleierte ist, so ist doch der Zweck der Uebung überall der gleiche. Die Fabrikanten haben erkannt, daß bei den Zuschneidern ein gewaltiger Teil jener Macht liegt, die, einzig ausgenutzt und richtig angewandt, sie leicht zu Zugeständnissen zwingen kann, die ihrem heiligsten Interesse, dem Profitinteresse, zu- widerlaufen. Ihr Bestreben, die Arbeiterschaft ihrer Betriebe durch derartige Maßnahmen zu spalten, ist leider nur zu oft mit Erfolg gekrönt. Die Zu- schneider nehmen die leeren Redensarten ihrer Chefs über die „exponierte Stellung“, die sie in den Betrieben einnehmen, über die „gesicherte Erzitzung“ usw. für bare Münze. Sie bedenken nicht, daß ihre Arbeits- kraft in mindestens ebenso hohem Maße wie die aller anderen Arbeiter der Branche ausgenutzt und ver- braucht wird, wie wenig Einfluß ihnen auf die Ge- staltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, der Be- triebsrichtungen, der Arbeitsmethoden usw. ein- geräumt wird, wie sie mit allem Raffinement ständig kontrolliert werden in bezug auf die eigenen Tages- leistung, sowohl wie in bezug auf die von ihnen aus- gehende Kontrollierung des Personals. Auch die Rederei von dem „Vertrauen“, das den Zuschneidern mit der Ueberlassung des Materialbestandes angeblich entgegengebracht werden soll, erweist sich bei näherem Hinsehen als Phrase, nur zu dem Zwecke erhoben, die Zuschneider über die wirklichen, zwischen ihnen und den Prinzipalen bestehenden Verhältnisse hinweg- zutäuschen. Was es mit diesem „Vertrauen“ auf sich hat, mag man daraus ersehen, daß wohl in jedem Betriebe die Kontrolle über das Material betriebl. ausgeübt ist, daß es der Geschäftsleitung bei einiger Umsicht täglich, ja stündlich möglich ist, etwaige, durch Verschnitt oder Verunreinigungen herbeigeführte Verluste festzustellen.

Die „Vertrauensstellungen“ der Zuschneider werden ganz besonders dann in den Vordergrund gehoben, wenn es durch eifrige Werbearbeit hier- oder da gelungen ist, die Zuschneider für ihre Or- ganisation zu gewinnen und sie dann in Gemein- schaft mit den übrigen Berufsangehörigen auf Ver- besserung ihrer Lebenslage zielende Forderungen stellen. Hat der Zuschneider bisher nur das willige und billige Ausbeutungsobjekt abgegeben, so wird die Situation mit dem Moment der Einreichung der Forderungen in ihr Gegenteil gekehrt. Der Zuschneider wird als Vertrauensperson hingestellt, lediglich zu dem schon oben ausgesprochenen Zweck, Zwietracht in die Reihen der Arbeiterschaft zu säen. Mit diesem Köder will der Kapitalist nur die für ihn unentbehrlichste Arbeiterkategorie in seine Netze fangen.

Damit dürfte bewiesen sein, daß den Unter- nehmern um die Möglichkeit bangt, daß die Zu- schneider eines Tages doch zur Erkenntnis ihrer Macht kommen werden. Wenn die Löhne immer unzureichender, die Arbeitsverhältnisse in der Kar- tonagenbranche immer untragbarer geworden sind, so lastet ein großer Teil der Schuld auf Seiten der Zuschneider. Sie können bei einigermaßen guten Willen und etwas Energie nicht nur manche Verschlechterungen abwenden, sondern auch ansehn- liche Verbesserungen herbeiführen helfen, wenn sie das große Wort beherrigen:

Ihr habt die Macht in Händen,
Wenn Ihr nur einig seid!

Nicht mit den Unternehmern dürfen sie sich ver- binden gegen die Arbeiter, sondern mit den Arbeitern gegen das Kapital; dann werden auch ihre Inter- essen am besten vertreten. Ein Zuschneider.

Gemeinsame Sitzung der Vorstände des Verbandes deutscher Buchbindereibesitzer und des Deutschen Buchbinder-Verbandes.

Am 11. Oktober, nachmittags 3½ Uhr, begann im „Buchgewerbehaus“ zu Leipzig die von unserem Verbandsvorstand beantragte gemeinsame Sitzung beider Verbandsvorstände, um über die unter- tarifliche Bezahlung der Arbeiterinnen zu beraten. Anwesend waren von Prin- zipalseite die Herren Köllner, Sperling, Krauer, Enders, Fikentscher, Frie- drich=Leipzig, Wübhen, Luderik und Metzke=Berlin; als Vertreter der Arbeiter- schaft die Kollegen Kloth und Garder vom Ver- bandsvorstand, Winnick und Herzog=Berlin, Zinke und Schröder=Leipzig sowie Hen- ninger und Schröder=Stuttgart.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Vor- sitzende des Arbeitgeberverbandes, Herr Köllner, der in der Sitzung den Vorsitz führte, ein Schreiben der Stuttgarter Prinzipale, in dem dieselben er- klärten, daß sie einen Besuch der Sitzung für un- nötig hielten, da es klar sei, daß die Be- stimmungen des Tarifs auch einge- halten werden müßten, mithin Leipziger Sonderabmachungen über untarifliche Bezahlung der Arbeiterinnen für Arbeiten, die sonst von Ge- hilfen gemacht würden, als illoyale Anwen- dung des Tarifs bezeichnet werden müßten. Es sei daher auch der Wunsch berechtigt, daß die Kosten der Sitzung nicht aus allgemeinen Verbandsmitteln gedeckt, sondern denen auferlegt würden, die zu der Einberufung der Sitzung Ver- anlassung gegeben hätten! Es sei eigentlich eine lokale Leipziger Angelegenheit. Herr Köllner erklärte darauf, daß er selbst die Sitzung für un- nötig gehalten hätte, da die Angelegenheit eigentlich vor das Tarifschiedsgericht bzw. vor das Tarifamt gehöre. Doch wäre er dem Antrage auf Einberufung dieser Sitzung nachgegeben, weil derselbe nach § 5 des Vertrages vom 27. Juli 1906 berechtigt sei. Es möchten sich aber erst einmal die Vertreter der Arbeiterschaft dazu äußern.

Darauf nahm Kollege Kloth zu längeren Aus- führungen das Wort, indem er gleich anfangs sein Einverständnis mit dem Briefe der Stuttgarter Prinzipale äußerte, soweit die untarifliche Be- zahlung der Arbeiterinnen und die illoyale Ein- haltung der tariflichen Bestimmungen in Betracht komme. Eine lokale Angelegenheit sei dies aller- dings nicht, da die beiden anderen Tarifstädte an der Regelung dieser Frage sehr interessiert seien. In diesem Falle sich aber an das Tarifamt zu wenden, sei nicht angängig, weil die Leipziger Prin- zipale dann in eigener Sache urteilen müßten, was doch durch die Geschäftsordnung des Tarifamtes ausdrücklich verboten sei. Die Gepflogenheit, Ar- beiterinnen zu untariflichen Löhnen zu be- schäftigen, hätte in Leipzig einen immer größeren Umfang angenommen. Nach den neueren Er- hebungen seien vorhanden: 115 Vorrichtnerinnen, 65 Kollationiernerinnen, 30 Deckmacherinnen, 73 Proschiernerinnen, insgesamt also 283 Arbeiterinnen, die mit Gehilfenarbeiten zu untariflichen Löhnen beschäftigt würden. Die Unterbezahlung in den Betrieben sei verschieden. Sie betrage in einigen Betrieben 15 bis 20 Proz., in anderen 28 bis 30 Proz., ja in einzelnen Fällen würden sogar 50 Proz. unter Tarif bezahlt. Was hätte es da für einen Zweck, wenn der Verband Deutscher Buchbindereibesitzer „Berechnungsbeispiele“ für die Kalkulation heraus- gebe, darin den Lohnsatz für Buchbinderarbeiten zur Grundlage nehme und empfehle, „weil dieser den kalkulierenden eine sichere Unterlage für die benötigte genaue Ermittlung bietet“, die Leipziger Prinzipale sich aber nicht nach den von ihnen selbst gegebenen Ratsschlägen richteten und dadurch sogar ihre eigenen Kollegen in Berlin, Stuttgart und anderswo schädigten?

Kollege Kloth wie auch die übrigen Vertreter führten sodann noch eine große Zahl weiterer Ar- gumente ins Feld, wie sie zum Teil schon in dem Arti- kel in Nr. 40 der „Buchb.-Ztg.“: „Die untarifliche Frauenarbeit in Leipzig“ usw. angeführt wurden.

Die Berliner Prinzipale, die Herren Wübhen und Luderik, stellten sich im wesentlichen auf den Standpunkt, daß der Tarif maßgebend sei und nicht lokale Abmachungen, die vor vielen Jahren einmal vereinbart wurden, für deren gültiges Be- stehen aber die Leipziger Prinzipale den Beweis schuldig geblieben seien. Herr Wübhen besonders verlangte strikte Einhaltung der tariflichen Be- stimmungen in Leipzig ebenso wie in Berlin.

Die Leipziger Prinzipale beriefen sich auf die alte Gewohnheit, wonach in Leipzig seit langer Zeit derartige Gehilfenarbeiten von Arbeiterinnen zu niederen Preisen angefertigt worden seien. Dies Vorrecht sei Leipzig noch im Jahre 1900 ausdrücklich

von den Arbeitervertretern eingeräumt und 1906 bzw. 1907 erneut bestätigt worden. Gegen letztere Behauptung wandten sich die Vertreter unseres Ver- bandes ganz energisch. 1906 und 1907 sei jede der- artige Zummutung strikte von ihnen zurückgewiesen worden. Vereinbarungen von 1900, die übrigens von vornherein der notwendigen Sanktion der Tarifinstanzen entbehrt hätten, seien aber durch die Tarifkündigung der Prinzipale aufgehoben worden, also nicht mehr gültig. Sie stellten daher folgende Resolution zur Debatte und empfahlen deren Annahme:

„Die gemeinsame Sitzung der Vorstände des Verbandes deutscher Buchbindereibesitzer und des Deutschen Buchbinder- verbandes erklärt:

Es widerspricht dem Tarife, Arbeiterinnen unter den im Tarife enthaltenen Lohn- sätzen bei Notharbeiten zu entlohnen.“

Nach einer langandauernden Debatte, in welcher die Leipziger Prinzipale überhaupt die Zulässigkeit einer solchen Resolution bestritten, zogen sich die Prinzipale zu einer Beratung zurück und erklärten sodann, daß für die Leipziger Prinzipale die Reso- lution unannehmbar sei. Zum mindesten müßten sie erst die Meinung ihrer Kollegen einholen.

Kollege Kloth sprach hierüber im Namen seiner Kollegen seine Unzufriedenheit aus, zum min- desten hätte man von den Leipziger Prinzipalen ent- gegenkommene Vorschläge in der vorher schon ange- deuteten Richtung erwartet, daß Decken machen und Broschieren ganz den Gehilfen erhalten werden müsse und nicht zu untariflichen Preisen von Arbei- terinnen hergestellt werden dürfe. Und bei den übrigen in Frage kommenden Arbeiten hätte man mindestens das Versprechen erwartet, daß hierfür nicht mehr als höchstens bis zu 15 Proz. bei den Arbeiterinnen abge- zogen werden dürften. Natürlich betrachte- ten die Arbeitervertreter solches nur als erste Etappe auf dem Wege zur völligen Beseitigung des für unser ganzes Gewerbe schädlichen Mißstandes.

Darauf einigten sich beide Parteien auf fol- gendes:

Der Vorstand des Verbandes Deutscher Buchbindereibesitzer ruft eine Vollversammlung seiner sämt- lichen Mitglieder ein und legt die An- gelegenheit dort zur Beschlußfassung vor.

Spätestens innerhalb 14 Tagen findet eine weitere gemeinschaftliche Sitzung beider Verbandsvorstände statt, um über die Sache zu beschließen. Damit hatte die Sitzung, die wir hier aus Zeit- und Raumangel nur kurz behandeln können, ihr Ende erreicht. E. K.

Keine Anerkennung der Tarifverträge durch das württembergische Ministerium des Innern.

Auf dem Gantag des Gaus 15, der vor Jahres- frist in La hr i. W. tagte, wurde, um den Tarif- verträgen eine noch größere Bedeutung zu ver- schafften, folgender Antrag des Kollegen Hemminger= Stuttgart zum Beschluß erhoben:

„Die Zahlstellen, in denen Tarifverträge abge- schlossen sind, haben jeweils mit den Arbeitgebern zusammen eine Eingabe an die staatl. und staatl. Behörden zu richten, in denen darauf energisch hingewirkt wird, daß die Buchbinderarbeiten dieser Behörden nur an solche Prinzipale vergeben werden, die den Tarif unterzeichnet haben und auch einhalten. Ueber den Verlauf der Aktion ist dem Vorstand unverzüglich Bericht zu erstatten.“

In Verfolg dieses Beschlusses wurden im Ein- bernehmen mit den Arbeitgebern von der Zahlstelle Stuttgart an 10 Behörden, darunter sämtliche Ministerien, entsprechende Eingaben gerichtet. Von einigen kommunalen Behörden wurden befriedigende zu sa gende Erklärungen abgegeben. Anders handelten die Minister. Diese beauftragten ihren Kollegen von der sozialpolitischen Abteilung Mi- nisterium des Innern), die Verantwortung des Ge- suchs zu übernehmen. Die Antwort liegt nunmehr vor; sie ist den tarifrechtlichen Arbeitgebern und der Zahlstelle Stuttgart im gleichen Wortlaut zuge- gangen:

Abschrift
Königl. Württ. Ministerium des Innern
Nr. 169 711, O Weilage.

Stuttgart, den 2. Oktober 1909.
Auf das Schreiben vom 16. März d. J.
Dem Verein Stuttgarter Buchbindereibesitzer wird auf sein Gesuch um ausschließliche Vergebung der amtlichen Buchbindereiarbeiten an die dem Deutschen Tarifverband angehörigen Buchbinde- reien zugleich im Namen der mit beteiligten an- deren Königl. Ministerien auf Grund der angestellten Ermittlungen nachstehendes zu er- kennen gegeben:

In Erwägung, daß der in Frage stehende Tarif den Verhältnissen der mittleren und kleineren handwerksmäßigen Buchbindereien, deren Erhaltung im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse gelegen und zur Sicherstellung eines ausreichenden Nachwuchses gelernter Buchbinder notwendig ist, nicht genügend Rechnung trägt, daß ferner die Geltung des Tarifs bis jetzt auf die Plätze Berlin, Leipzig und Stuttgart beschränkt ist und daß von den in Stuttgart bestehenden Buchbindereibetrieben nur etwa ein Drittel dem Tarifverbande angehört; in Erwägung ferner, daß ein hinreichender Anhalt dafür, daß die außerhalb des Verbandes stehenden Geschäfte die Preise drücken, oder daß diese Betriebe eine über das übliche Maß hinausgehende Arbeitszeit und zu geringe Löhne hätten, nicht zu gewinnen war; in Erwägung daher, daß bei ausschließlicher Vergebung der amtlichen Buchbindarbeiten an die dem Deutschen Tarifverband angehörigen Firmen die Sonderinteressen der im Verein Stuttgarter Buchbindereibesitzer vertretenen Minderheit der Stuttgarter Buchbindereibesitzer, zurzeit wenigstens, eine zu weitgehende Berücksichtigung erfahren würden, kann dem Gesuche des Vereins eine entsprechende Folge nicht gegeben werden.

Der Staatsminister des Innern.

In Vertretung:
gez. Haag.

An den

Verein Stuttgarter Buchbindereibesitzer
zu Händen des Vorsitzenden desselben
Herrn Alfred Koch,

Sier.

Es ist nicht gerade verständlich, woher das Ministerium des Innern seine Kenntnis vom Buchbindergerwebe hat. Die Behauptung, daß der Vertrag den Verhältnissen der mittleren und kleineren Betriebe nicht genügend Rechnung trägt, wird auch nicht mit dem Schein eines Beweises ausgerüstet. Die Erhaltung des Kleingewerbes mag dem Ministerium des Innern sehr am Herzen liegen, die Tendenz zum Großbetriebe kann auch es nicht verkenne, und bereite ich erst recht nicht. Der Minister steht das wirtschaftliche Interesse nur in der Erhaltung der Kleinbetriebe und der Sicherstellung eines ausreichenden Nachwuchses gelernter Buchbinder. Der gute scheint Nebenache zu sein. Wie dieser Nachwuchs nach der Lehrzeit sich ernähren kann, kümmert ein hochwohlweises Ministerium anscheinend auch nicht sehr. Notwendig soll der Nachwuchs sein, obwohl seit Jahren stets eine größere Anzahl Arbeitsloser gegährt wird und gegenwärtig ein äußerst schlechter Geschäftsgang herrscht; Stuttgart allein hat zurzeit, wo doch die beste Geschäftstätigkeit sein sollte, über 30 arbeitslose Gehilfen. Der Mittelständlerlogik des Ministeriums scheint das wirtschaftliche Interesse identisch zu sein mit der größtmöglichen Ausnutzungsmöglichkeit der Lehrlinge durch die Kleinmeister, denn die Sicherstellung des ausreichenden Nachwuchses gelernter Buchbinder, d. h. solcher, die wirklich etwas gelernt haben, verbürgen gerade die tariflichen Bestimmungen über die Lehrlingszahl. Daß von den Stuttgarter Buchbindereibesitzern nur ein Drittel der Tarifgemeinschaft angehören, wird als entscheidend für die Ablehnung des Tarifs herbeigezogen; daß aber dieses Drittel der Betriebe $\frac{1}{2}$ aller Gehilfen beschäftigt, hat das Ministerium, scheint's, nicht zu erheben vermocht und konnte dies daher auch wohl nicht berücksichtigen. Wie die Großbuchbindereibesitzer, von denen einzelne mehr an Steuern aufzubringen haben wie die gesamten Kleinmeister, sich dazu stellen, daß der Minister eine zu weit gehende Berücksichtigung des Vereins darin sieht, daß nur tariffreie Arbeitgeber berücksichtigt werden sollen, muß einstweilen denselben selbst überlassen bleiben. Der Beweis aber, daß die Kleinmeister, darunter Hofbuchbinder, die neunstündige Arbeitszeit und die vereinbarten Minimallohne nicht einhalten, ist leicht zu führen und wird demnächst in aller Form erbracht werden. Auf die Stellungnahme des Ministers, die noch anderweitige Maßnahmen erheischt, werden wir noch zurückkommen.

Verprechen und Halten bei der Firma Oesterheld in Gotha.

Bekanntlich fand bei der Firma Oesterheld, Kartonnagenfabrik, 1907/08 ein Streik statt, der volle 15 Wochen dauerte und am 27. März 1908 durch einen Vergleich zwischen unserem Verbandsvorsitzenden Koch und der Firma beendet wurde. Die Vereinbarungen waren unversehens schriftlich fixiert, doch wollten die beiden Herren Oesterheld von einer Unterschrift derselben ihrerseits abgesehen wissen,

weil — wie sie mit Würde erklärten — ihr Wort ebenso viel als ihre Unterschrift gelten müsse: „Denn was wir versprechen, halten wir auch!“

War bald zeigte sich aber, daß bei den Herren Oesterheld Versprechen und Halten zweierlei ist. Zuerst lehnten die Herren die Anerkennung der Vertrauenskommission ab, der sie selbst zugestimmt hatten; sie wollten eben über die rigoros eingetriebenen Straf-gelder allein verfügen. Aber es kam noch schöner. Obgleich die Herren Oesterheld ausdrücklich die Vereinbarungen vom 27. März 1908 anerkannt hatten: „Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zum Verband sind unzulässig“ —, so suchten sie trotzdem durch Schikanen aller Art ihren „Musterbetrieb“ von Verbandsmitgliedern zu säubern. Das führte dazu, daß die tüchtigsten Zuschnneider ihrerseits kündigten, und die Firma sich oft mit Arbeitskräften begnügen mußte, von deren Leistungen man sagen kann: Daß Gott erbarm! Die Stanzmaschine z. B. wurde unter den Händen solcher „Künstler“ zur Fingerquillotte. Innerhalb kurzer Zeit passierten gegen fünf derartige Unglücksfälle. Die Krönung ihres Vorgehens gegen unsere Verbandsmitglieder bildete aber folgende Revers, den die Herren Oesterheld den Zuschnайдern vorlegten:

1. Herr R. R. verpflichtet sich, keinem Buchbinder-Verbande oder einem ähnlichen Verbande ohne Genehmigung der Firma beizutreten.
2. Bei einem etwa ausbrechenden Streik verpflichtet sich Herr R. R., nicht mitzustreiken, sondern nur die Interessen der Firma C. Oesterheld zu wahren.
3. Bei Zuwiderhandlung verpflichtet sich Herr R. R., die etwa entstehenden Kosten zu tragen; dagegen verpflichtet sich die Firma, Herrn R. R. einen fünfprozentigen Gewinnanteil auszusahlen. Unterschriften: C. Oesterheld. R. R.

Man möchte sich angeeignet eines solchen Nachwerks, das den guten Sitten widerspricht, wirklich fragen, ob ein schlechter Scherz damit beabsichtigt ist. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß der Wisch unverbindlich ist und die Herren Oesterheld einen klamullen Reinfall vor jedem Gerichte erleben würden, wenn sie es wagen sollten, auf Grund desselben eine Schadenersatzklage zu beantragen. Kennt denn Herr Carl Oesterheld, der Vorsitzende des Verbandes thüringischer Kartonnagenfabrikanten, den § 152 der Gewerbeordnung nicht? Derselbe lautet:

„Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Betätigung und Vereinigungen zum Zwecke der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter werden aufgehoben.“

In der Absicht des Gesetzgebers liegt es, daß sich dieser Paragraph auch gegen derartige private Abmachungen wendet. Welch eine noble Bestimmung des Vorsitzenden der thüringischen Kartonnagenfabrikanten, ist es übrigens, für sich selbst die vollste Koalitionsfreiheit zu beanspruchen, seinen Arbeitern und Arbeiterinnen dieselbe aber bei Strafe zu verbieten!

Bei den Arbeiterinnen wendet die noble Firma eine andere Abschreckungsmethode an. Es werden denselben höhere Löhne versprochen, wenn sie aus dem Verbande austreten!

Wir haben lange zu diesen geschäftigen Maßnahmen gegen unsere Verbandsmitglieder geschwiegen, weil wir immer noch hofften, die Firma würde sich eines Besseren bestimmen. Nachdem aber alle Schritte vergeblich gewesen sind, nachdem schriftliche und mündliche Intervention seitens unseres Verbandsvorstandes zurückgewiesen wurde, und die Herren Oesterheld ihre unverwerflichen Madenschäften fortzusetzen gedenten, erwächst auch für uns die Verpflichtung, die Rechte unserer Mitglieder nachdrücklich zu verteidigen. Zumal die Firma Oesterheld tief in die ureigensten Privatangelegenheiten unserer Mitglieder eingreift, indem sie letztere hindern will, sich gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. zu versichern. Wohlthätig wirken die Unterstützungs-einrichtungen unseres Verbandes. Allein für Arbeitslosen-, Kranken-, Anzugs- und Hinterbliebenenunterstützung zahlte er in den ersten zwei Quartalen dieses Jahres 109 412,67 Mk. aus, während für Streikunterstützung nur 2560,24 Mk. in Betracht kamen. Tausende nahmen an diesen Unterstützungen teil. Und gerade in dem Betriebe der Firma Oesterheld, mit seinen höchst mangelhaften Einrichtungen, haben es die dort beschäftigten Kollegen und Kolleginnen sehr nötig, sich gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. möglichst zu schützen.

Wir werden es nicht dulden, daß die Oesterheldschen Kollegen und Kolleginnen ihres gesetzlich gewährtesten Rechtes beraubt werden. Wir werden die mißlichen Zustände in dem Oesterheldschen Betriebe ans Tageslicht ziehen. Und sollten die Herren Oesterheld fortfahren, trotz ihres Versprechens in die Privatverhältnisse unserer Mitglieder einzugreifen, dann dürfen sich die Herren nicht wundern, wenn wir entsprechende Maßnahmen treffen, daß ihnen ein solches Verfahren gründlich

verleidet wird. Da heißt es einfach: „Wie du mir, so ich dir!“

Unsere Mitglieder raten wir aber, den Herren Oesterheld ihre Verbandszugehörigkeit zu verheimlichen, wenn sie von ihnen nach ihrer Verbandszugehörigkeit gefragt werden. Die Herren verdienen das nicht besser, solange sie mit dem faulen Zauber ihrer Schwimdbeteiligungen — von denen man ja auch nicht wissen kann, ob sie ausgezahlt werden, da bei der Firma Versprechen und Halten zweierlei ist — und den den guten Sitten widersprechenden Nebenversen und dergleichen mehr unsere Mitglieder drangsalieren. Was aber bei ihrem Kampfe gegen unsern Verband, sowie durch ihre Schürung des Unfriedens mit dem Personal für die Herren Oesterheld herauskommt, sollten sie nachgerade selbst einsehen. Die Folgen sind: geringere Qualität der Erzeugnisse, Rückgang des Umsatzes und bedeutende Verminderung des Personals. Das sind die Früchte eines blinden Scharfmachtens, das sein einziges Heil in der Verdrückung und Rechtlosmachung der Arbeiter-schaft sucht, anstatt durch geschäftliche Tüchtigkeit seinen Platz zu behaupten.

Schimpffreiheit.

Nach altem deutschen Recht hatte ein Verurteilter das Recht, einige Tage lang auf Richter und Gericht zu schimpfen. Wir halten diese Freiheit für gut und billigen sie darum gern auch jenen zu, die von uns eine wohlverdiente Züchtigung erlitten und nun wütend toben und kläffen. Die „Graphischen Stimmen“ haben jetzt Schimpffreiheit!

Wenn sie sich endlich ausgeschimpft haben, dann hoffen wir, daß sie sich auch einmal über ihre Stellung zu den verderblichen Wirkungen der Reichsfinanzreform auf unseren Beruf äußern werden. Daß man auf christlicher Seite die \ddagger Sozialdemokratie als Bauwau benützt, um christliche Arbeiter vom selbständigen Denken und Prüfen abzuhalten, wußten wir längst und brauchen uns die „Graphischen Stimmen“ nicht nochmals zu beweisen.

Mehr Schutz den Lohnforderungen.

C. D. In den weitesten Volkskreisen herrscht noch der Glaube, daß Lohnforderungen allen anderen Forderungen gegenüber unbedingt vorzugsberechtigt sind. Mit einer Naivität, die ihresgleichen sucht, benützen Hunderte von Mädchen, ebenso Gehilfen und sonstige Personen in gewerblichen Betrieben ihre Herrschaft oder ihren Prinzipal als Sparkassenverwalter, indem sie ihren Lohn stehen lassen, in dem guten Glauben, er sei ihnen sicher und unantastbar. Die Herrschaften und auch die Handwerksmeister sind meistens entzünd über eine solche Sparmethode, und sie wissen nicht genug Worte des Lobes über die braven Sparer. Wenn nun aber einmal ein Mädchen oder ein Gehilfe von dieser Sparmethode abweicht und pünktliche Auszahlung des Lohnes fordert, dann entrüstet man sich darüber und weist auf die Sparenden als Vorbilder und Mustermenschen hin. Daß solche Sparmethoden höchst verwerflich sind, sei an einigen Fällen aus der Praxis erhärtet. Ein Möbeltransportgeschäft hat diese Sparmethode bei einem Teil der Ausfuhr eingeführt. Bei allen Arbeitern konnte es diese Methode nicht zur Anwendung bringen, weil viele von ihnen verheiratet sind. Die Sparenden erhalten in der Regel, je nach Bedarf, am Zahltag einen Vorschuß, während ihr Lohn ihnen gutgeschrieben wird. Der Lohn steigert sich dann bis in die Hunderte von Mark, während der Arbeiter in der süßen Hoffnung schwelgt, auf diese Weise einen schönen Bagen Geld zusammenzubringen, und nach Möglichkeit seinen Vorschuß beschränkt, legt der Arbeitgeber diesen Lohn nutzbringend an, der Arbeiter aber sieht in den meisten Fällen von einem Zins keinen Pfennig. In den seltensten Fällen führt der Arbeiter Buch über seine erhobenen Vorschüsse, er verläßt sich auf sein Gedächtnis, und kommt es dann zu einer Abrechnung, dann ist der Zwiß schon da. „Mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen.“ Schneller, als man mitunter meint, stellen sich Differenzen ein und häufig ist die Lösung des Arbeitsverhältnisses die Folge. Manche Unternehmer fällt es dann schwer, die angehäufte Lohnsumme auf einmal auszusahlen. Oft muß sich der Arbeiter daher mit einer kleinen Summe begnügen, bis der Unternehmer wieder Geld hat, was sich oft wochenlang hinauszieht. In den meisten Fällen kommen dann die Differenzen vor dem Gewerbegericht zum Aus-trag. Es ist aber dann oftmals eine recht schwierige Aufgabe für das Gericht, die volle Höhe des Rest-lohnes zu ermitteln; noch schwieriger aber ist die Kunst, das „erparte“ Geld auch zu erhalten. Zum Beweise einige Fälle aus der Gewerbegerichts-praxis: Ein Zimmermädchen mußte diese Sparmethode schwer büßen. Es war in einem Hotel beschäftigt

gegen einen Monatslohn von 15 Mk. und ließ diesen 11 Monate lang bei ihrem Dienstgeber stehen. Als sie den verdienten Lohn forderte, war bereits der Dienstgeber in Konkurs. Von ihrer geforderten Lohnsumme von 165 Mk. erhielt sie durch Pfändung nur 67 Mk. Um den Rest zu erhalten, hat sie nun 30 Jahre lang Zeit, und wenn innerhalb dieser Zeit der Dienstgeber wieder einmal zu Vermögen kommt, dann kann sie den Rest wieder pfänden lassen. — Eine Köchin wurde in einem anderen Falle um ihren Monatslohn von 30 Mk. geprellt. Sie mußte ihren Lohn einklagen. Das Ergebnis war eine fruchtlose Pfändung. Zwar war der Dienstgeber Inhaber einer größeren Restauration, aber es hatten bereits zwei große Pfändungen ihrer Erledigung, und zudem leistete er den Offenbarungseid.

Diese Fälle — die sich in endloser Reihenfolge vervielfältigen lassen — zeigen uns, daß Lohnforderungen erhöhten Schutz bedürfen und unter allen Umständen allen anderen Forderungen vorausgehen müssen. Wohl haben Lohnforderungen bei einem Konkurs den Vorrang, aber Hunderte von Fällen ließen sich anführen, in denen Arbeiter, Arbeiterinnen und Dienstmädchen für ihre Arbeiten nichts erhalten. Diese Bestimmung allein genügt nicht. Man mag annehmen, daß es ein strafwürdiger Leichtsinns der Arbeitenden ist, wenn sie ihren Lohn nicht regelmäßig am Zahltage einfordern, aber es kommen mitunter auch Fälle vor, die der Nachsicht bedürfen. Es müßte darum durch Gesetz eine derartige Sparmethode verboten werden. Eine gesetzgeberische Regelung dieser Materie erscheint um so mehr geboten, als ganz große Arbeiterkategorien, wie Landarbeiter und Biegler, durch ihre Arbeitsverträge zu sehr verwerflicher Sparserei gezwungen werden. Wer sparen will und kann, findet schon Gelegenheit, ohne größeres Risiko sein Geld anzulegen, und erntet außerdem Zinsen, die er von der „Sparkasse“ bei seinem Unternehmer nicht erhält. Doch wenn wir auch eine legislative Regelung dieser Materie als notwendig erachten, so muß doch gesagt werden, daß in diesen Fällen die Arbeitenden ein hohes Maß der Schuld tragen, und der erlittene Schaden für sie ein zwar teures, aber nützlichcs Lehrgeld ist.

Internationales. Finale.

Die Kämpfer in Schweden haben abermals ihre Taktik geändert. Aber diesmal gaben leider nicht nur taktische Erwägungen allein den Ausschlag; die Not sprach ein gewichtiges Wort! Am 8. Oktober tagte in Stockholm eine Konferenz, an der Vertreter aller skandinavischen Landesorganisationen teilnahmen. Es wurde von dieser Konferenz beschlossen, den Streik weiter einzuschränken und ihn nur bei den einflussreichen Betrieben bestehen zu lassen. Es soll nun der Kampf konzentriert werden auf die Eisenindustrie, auf einige der grösseren Sägewerke in Norland und einige Textilfabriken. In unverminderter Schärfe soll der Kampf weitergeführt werden auf den Erzgruben in Lappland und Gränzesberg und auf den Kohlengruben in der Provinz Schonen. In den übrigen Betrieben soll die Arbeit wieder aufgenommen werden, und sollte die Wiederaufnahme der Arbeit davon abhängig gemacht werden, so sollen die Arbeiter dem Unternehmer erklären, sie seien aus der Organisation ausgetreten. —

Mit dieser neuen Frontänderung tritt der grosse Kampf in seine letzte Phase ein. 100 000 Arbeiter standen nach Abbruch der Vergleichsverhandlungen noch im Kampf, doch nur durch die Unterstützungen aus dem Auslande konnten diese im Kampf verharren; die Kassen der schwedischen Organisationen waren leer. Sie waren erschöpft infolge der grossen Arbeitslosigkeit im vergangenen Winter, geleert durch die vielen Aussperrungen vor dem Generalstreik. Mit der Ergebenheit der Märtyrer und dem Mut der Heroen sind die schwedischen Arbeiter in den Kampf eingetreten, haben opfermutig Not und Entbehrungen, haben den Hunger auf sich genommen! In der Geschichte des Emanzipationskampfes des internationalen Proletariats wird der Grosse Streik der schwedischen Arbeiter einen Ehrenplatz finden, gleichviel wie immer er auch endet. —

Die Weiterführung des Kampfes in der bisherigen Form erschien den Vertretern der skandinavischen gewerkschaftlichen Landesorganisationen nicht mehr angängig, da die Kämpfenden nur noch auf die Unterstützungen des Auslandes angewiesen waren; darum der neue Frontwechsel! — Er gibt uns zu denken auf, ernste Erwägungen heischt er! Genügt die Form, in der bisher die internationale Solidarität der Ar-

beiter Ausdruck fand? Diese Frage muss die Arbeiterinternationale nun beantworten! —

Die deutsche Arbeiterschaft hat gewiss getan, was sie vermochte. Trotz Krise und Steuerdruck, trotz Verteuerung ihrer kärglichen Lebenshaltung hat sie aufs neue bekundet, dass sie die Pflichten der internationalen Solidarität zu erfüllen weiss. Und die Arbeitsbrüder in Oesterreich und die der kleinen Schweiz, sie eiferten ihr nach. Aber leider hielten die einst vorbildlichen Gewerkschaften Englands und die jenseits des atlantischen Ozeans etwas zu sehr den Daumen auf den Beutel, und auch die Generalstreikschwärmer in den romanischen Ländern schienen nicht recht zu wissen, welche Kosten und Opfer ein Generalstreik erfordert. Das muss einmal offen ausgesprochen werden und damit ist zugleich auch unsere Frage beantwortet! Die internationale Solidarität muss straffer organisiert werden, das ist eine der wichtigsten Lehren des schwedischen Grosse Streiks!

Es genügt bei solchen Kämpfen nicht, dass die gewerkschaftlichen Landeszentralen Sammelbecken für die Opfergaben der Einzelnen und die freiwilligen Gaben der Organisationen schaffen. Die ausserordentlichen Kosten solcher Kämpfe erfordern ausserordentliche Mittel; jede Organisation, richtiger jedes ihrer Mitglieder muss in gleicher Weise mit bindendem Zwang zur Kostendeckung herangeholt werden! Eine solche Regelung wird notwendig werden; denn früher oder später werden die Unternehmer anderer Länder zu einem gleichen Schlage gegen die Arbeiterorganisationen ihres Landes ausholen und auch die bestorganisierteste und bestfundierteste Gewerkschaftsbewegung wird dann die Hilfe ihrer ausländischen Brüder begehren müssen. Je eher die gewerkschaftlichen Landeszentralen sich solcherart zu einem internationalen Schutzverband zusammenschliessen, desto eher und gründlicher wird der Uebermut ihrer kapitalistischen Bedrücker gedämpft werden, der bei einer eventuellen Niederlage der schwedischen Preisfechter sich frech erheben wird. Eine neue Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen sollte bald nach Beendigung des schwedischen Grosse Streiks zusammentreten und dessen Lehren in praktische Organisationsarbeit umsetzen! — — —

Wie alle schwedischen Arbeiterorganisationen, ist auch der Verband unserer Kollegen des langen Kampfes nun müde geworden. Auch unsere schwedischen Kollegen haben die Arbeit wieder aufgenommen zu den alten Bedingungen, ihr Tarifvertrag bleibt in Kraft!

Einem Schreiben des schwedischen Buchbinderverbandes an das Internationale Buchbindersekretariat entnehmen wir über die Situation, mit der unsere Kollegen bei Wiederaufnahme der Arbeit rechnen mussten, folgende Angaben: In der Nacht des 19. September hatten sich die Stockholmer Kollegen versammelt. Es lag die Gefahr vor, dass die Abteilung auseinander gesprengt würde, wenn nicht die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen wurde, und diese Befürchtung bestimmte viele Kollegen, für dieselbe zu votieren. Mit 263 Stimmen wurde der Beschluss gegen 3 Uhr morgens gefasst, gegen 185 Stimmen, die für Fortsetzung des Kampfes waren, und in den Morgenstunden des Montags meldete sich das Personal wieder zur Arbeit. Ueber 100 Kollegen wurden jedoch nicht wieder eingestellt, doch hatte sich deren Zahl bis zum 29. September auf 76 vermindert und dürfte sich inzwischen noch mehr verringert haben.

Die Wirkung dieses Beschlusses der Stockholmer Kollegen war, dass unmittelbar darauf auch die Kollegen in Upsala und Gäfle zur Arbeit zurückkehrten und alle eingestellt wurden. Im Laufe der folgenden Woche folgten die Kollegen einiger kleinerer Orte diesen Beispielen, wobei nur ein kleiner Teil nicht wieder eingestellt wurde. In Göteborg waren die Buchbinder schon früher, bis auf 30, die keine Arbeit fanden, in die Werkstätten zurückgekehrt. In Eskilstuna wollten die Kollegen den Kampf fortsetzen; als sich aber die Verhandlungen zerschlugen, wurde auch ihnen geraten, die Arbeit aufzunehmen, was am 27. v. M. von allen 200 Streikenden geschah. Die Kollegen in Helsingborg, in Oskarshamn und in einigen kleineren Orten befanden sich am 29. September bei Abgang des Briefes noch im Streik, doch war auch ihnen geraten, die Arbeit zu annehmbaren Bedingungen aufzunehmen.

Die nächste Zukunft unserer schwedischen Kollegen und Kolleginnen ist keine rosige, das Papier ist knapp geworden, so dass möglicherweise mancher Typograph und mancher Buchbinder wieder arbeitslos wird und andere solche nicht finden. Dazu kommt, wie auch wir schon meldeten, dass die Buchverleger sich grosse Reserven in der Neuauflage von Werken auferlegen.

Wie in unserem Gewerbe, so in allen anderen. Langsam verhält des Kampfes Lärm, und nun gilt es, die Wunden zu heilen. Auch das ist Aufgabe internationaler Solidarität! Die nun wieder in Arbeit Getretenen sind nach den langen Entbehrungswochen sicher samt ihren Familien so geschwächt, dass sie nicht die Last der Unterstützung der noch Streikenden, der Gemassregelten und Arbeitslosen übernehmen können. Gewiss knapsen auch sie sich das Brot vom Munde ab, um es mit ihren Kampfgenossen zu teilen; doch diese Last allein zu tragen, geht über ihre Kraft. — Das deutsche Proletariat, unsere Kollegen und Kolleginnen müssen auch weiterhin der schwedischen Kämpfer durch tatkräftige Unterstützung gedenken. Um so schneller werden die Wunden dieses Kampfes vernarben und das schwedische Proletariat zu neuen Kämpfen gerüstet stehen. Der Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit ist auch in Schweden noch nicht geschlagen!

Agitationsveranstaltungen im Gau 7: Bezirk Hamburg.

Vom 22.—28. September fanden in Bremen, Oldenburg, Delmenhorst, Wilhelmshaven und Bremerhaven eine Reihe Agitationsveranstaltungen zur Gewinnung neuer Mitglieder wie auch zur Belebung der Organisationsfähigkeit unserer Mitglieder statt, damit der Organisationsgeban weiter und weiter getragen und so die Interessen unseres Verbandes gefördert werden. Der Bezirksleiter Kollege Küster referierte in diesen Versammlungen über das Thema „Die beruflichen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Buchbindergewerbe“ und schilderte dabei die Entwicklung unseres Gewerbes von seinen ärmlichsten Anfängen bis zum modernen Großbetrieb, zeigte, wie durch den Siegeszug der Technik die Entfaltung der einzelnen Branchen begünstigt wurde, und unterließ es auch nicht, mit Nachdruck zu betonen, wie durch diese Umwälzungen die qualifizierte Arbeit durch die Konkurrenz der unqualifizierten in ihrem Verdienst beeinträchtigt wurde. Dazu komme die wesentliche Verteuerung aller Nahrungsmittel und Lebensbedürfnisse, die bewirke, daß trotz der billigeren Produktion durch die verbesserte Technik, trotz den zahlreichen Kämpfen der Arbeiter, der relative Lohn der Arbeiter nur um ein kleines gestiegen sei. Die Unternehmer haben sich zu starken Organisationen zusammengeschlossen und suchen mit brutalen Machtmitteln jedes weitere Aufsteigen der Arbeiterklasse zu hemmen. Wenn nun aber doch in den einzelnen Orten Lohn-erhöhungen und zum Teil gar nicht einmal geringe Erfolge erzielt wurden, so ist dies nur dem Drängen und Vorgehen der im Buchbinderverband organisierten Kollegenschaft zu danken; aber immerhin können trotz alledem die Löhne den wirtschaftlichen Anforderungen nicht genügen, da zunächst die große Anzahl indifferenten dem Streben zur Verbesserung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit hindernd im Wege stand, obgleich überall dort, wo Lohnbewegungen mit Erfolg geführt wurden, auch die unorganisierten Vorteile erzielten, wie auch in vielen Orten, die von einer Bewegung nicht berührt wurden, da nur wenige Berufsangehörigen dort anständig waren, ebenfalls durch den von außerhalb sich bemerkbar machenden Einfluß eine Erhöhung der Löhne zu beobachten war.

Unzweifelhaft aber wären wir in der Lage gewesen, bedeutend mehr aus unserer Arbeitskraft herauszufolagen, wenn die uns fernstehenden Kollegen und Kolleginnen sich ihrer Pflicht bewußt wären und die organisierten Kollegen in der Arbeit um die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Berufsangehörigen unterstützten. Unsere Mitglieder müßten daher eine noch viel größere Werberkraft für den Verband entfalten, geben uns doch die neuerlich im Reichstage mit Hilfe der Junker, Pfaffen, Polen und der christlichen Gewerkschaftsführer beschlossenen indirekten Steuern auf wichtige Nahrungs- und Genussmittel die beste Waffe, um auf die Notwendigkeit der Verbesserung unserer Lohnverhältnisse zu verweisen. Neben der Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse verfolgt unser Verband die wichtige Aufgabe, seine Mitglieder in der Zeit der Arbeitslosigkeit und Krankheit durch sein reich wirkendes Unterstützungswesen vor der bittersten Not zu bewahren. Deshalb sollte jeder Kollege in wohlverstandener Eigeninteresse sich ihm an-

schließen. Die besonderen Verhältnisse der einzelnen Orte wurden zum Schluß von dem Referenten kritisch beleuchtet.

In Bremen wurden in der Zeit vom 22. bis 25. September eine Anzahl Werkstübungen mit dem bisher schlecht organisierten Personal der größeren Firmen abgehalten. Eine intensiv betriebene Hausagitation war vor einigen Wochen der Werkstübungen vorausgegangen. Während am ersten Abend von einer Werkstube niemand, von einer anderen nur wenige Personen erschienen waren, war am zweiten Tage die dritte Werkstübung von fast allen Beschäftigten besucht; jedoch zeigte sich hier, daß die durch die Hausagitation gewonnenen Arbeiterinnen der Organisation schon überdrüssig waren. Durch die Aussprache wurden jedoch die ins Feld geführten Bedenken widerlegt, und dürfte zu erwarten sein, daß die Arbeiterinnen dieser Firma dem Verbands treu bleiben; sie selber haben davon einen um so größeren Vorteil, je eher es ihnen gelingt, die noch fernstehenden Kolleginnen ebenfalls für unsere Organisation zu gewinnen. Die übrigen Werkstübungen erfreuten sich keines großen Erfolges, trotzdem sich noch in letzter Stunde einige Kollegen selbst zur Verfügung stellten. Leider habe ich den Eindruck gewonnen, daß ein großer Teil befähigter Kollegen am Orte vorhanden ist, der leider nicht einen Finger rührt, um den Vorstand in der Agitation zu unterstützen. Wir mögen die schönsten Reden halten und noch so viele Versammlungen abhalten, die Kleinarbeit bleibt doch immer die Hauptsache. Gewiß können Agitationsversammlungen sehr viel zur Festigung beitragen, aber auch nur dann, wenn eben alle Kräfte zusammenwirken. Die öffentliche Versammlung, die am 25. September abgehalten wurde, erfreute sich wohl eines guten Besuches von Seiten der Mitglieder, jedoch waren Unorganisierte, trotz verteilter Handzettel, Flugblätter sowie Anzeigen in der „Bremer Bürgerzeitung“ nicht erschienen. Von 123 Gehilfen und 150 Arbeiterinnen, die für uns am Orte in Frage kommen, sind circa 80 Gehilfen und 20 Arbeiterinnen organisiert, so daß wir noch — namentlich unter den Arbeiterinnen in der Kartonagenindustrie, wo noch äußerst geringe Löhne bezahlt werden — viel zu tun haben, um zu besseren Verhältnissen zu gelangen. 2 Gehilfen und 25 Arbeiterinnen gehören einer anderen Organisation an. Die dem Vortrage folgende Diskussion, an der sich mehrere Redner beteiligten, brachte zum Ausdruck, daß die Verhältnisse am Orte dringend der Verbesserung bedürfen. Dem Vorstande wurde eine fünfgliedrige Kommission zur Prüfung der Frage, ob eine Lohnbewegung zu initiieren sei, beigegeben.

In Oldenburg war die Versammlung am Sonntag, den 26. September, vormittags 11 Uhr, angefaßt, jedoch hatte die Versammlung unter dem Jahrmarktsummel, für den nun einmal viele Menschen mehr Zeit und Geld übrig haben, als für die Verbesserung ihrer Lebenslage, sehr zu leiden. Es werden in Oldenburg 15 Kollegen und 11 Kolleginnen beschäftigt; die Löhne schwanken bei den Kollegen zwischen 20 und 26,50 Mk., die Löhne der Arbeiterinnen zwischen 6 und 12 Mk. Die Verbandsmitglieder waren sämtlich anwesend; in der Diskussion wurde über die Unzulänglichkeit der Löhne lebhaft Klage geführt. Des weiteren hatte man in einigen Druckerien versucht, die Arbeitszeit für die Buchbinder von 9 auf 9½ Stunden zu verlängern, weil in den Buchbinderien am Orte noch 10 Stunden gearbeitet wird. Die Einigkeit der Kollegen vermochte glücklicherweise dieses Ansinnes zurückzuweisen. In der Hofbuchbinderie von Timpe werden 4 Gehilfen mit Löhnen von 17,50, 19, 20 und 23 Mark entlohnt; die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden täglich. Herr Timpe erlaubt seinen Gehilfen nicht, sich dem Verbands anzuschließen, daher hatten auch wohl alle Furcht, zur Versammlung zu kommen. Herr Timpe scheute sich nicht, einen Familienvater, der seine bei Timpe beschäftigten Kollegen zur Versammlung einlud, bei dessen Arbeitgeber als „Geher“ und „Wähler“ zu denunzieren. Ein Helmschick! Der Zusammenhalt der Kollegen ist ein guter und dürfte bei unablässiger Agitation bald der letzte Oldenburger Kollege organisiert sein.

Delmenhorst hat, außer einigen kleinen Meistern, die keine Gehilfen beschäftigen, noch eine Geschäftsbüchereifabrik, in der 5 Gehilfen tätig sind. Da hier im Laufe des Sommers, gelegentlich der Berichtserstattung vom Gantag, der Vertrauensmann der genannten Firma gemahnt wurde, und andere Mitglieder bald wieder abreisen mußten resp. aus dem Verband sich ausschließen ließen, so hatten wir dort jede Fühlung verloren. Unseren Bemühungen gelang es nun, am Sonntagnachmittag die Adressen der am Ort beschäftigten Kollegen aufzutreiben und diese zu einer Zusammenkunft zu bekommen. Es dürfte die gebaute Aussprache dem Organisationsgedanken erneut den Weg ebnen.

Am Montag, den 27. September, fand in Wilhelmshaven eine Versammlung statt, die von

sämtlichen Mitgliedern besucht war. Von 22 Gehilfen am Ort sind 14 organisiert, 5 Arbeiterinnen sind nicht organisiert. Auf der kaiserlichen Werkstube sind unorganisierte Buchbinder beschäftigt, deren äußerst geringe Löhne von monatlich 95 Mk. steigend bis zu 110 Mk. sie zwingt, in den Abendstunden bei anderen Meistern zu arbeiten. In die Organisation einzutreten und mit deren Hilfe ihre traurige Lage zu verbessern, dazu können die Herren „kaiserlichen Werkbuechbinder“ sich nicht aufschwingen. Im großen und ganzen nahm die Versammlung einen guten Verlauf und dürfte auch hier einen Ansporn zur erfolgreichen Verbandstätigkeit gegeben haben.

In Bremerhaven fand am Dienstag, den 28. September, eine Versammlung statt, die ebenfalls von sämtlichen Mitgliedern besucht war und anregend verlief. Aber auch hier ist es den Mitgliedern nicht gelungen, die wenigen Unorganisierten zur Versammlung zu bekommen.

Nach dem Verlauf der Versammlungen zu urteilen, dürfte zu erwarten sein, daß der Organisationsgedanke tiefer Wurzel schlagen wird, und wenn die gegebenen Anregungen beachtet und befolgt werden, würde für den industriereichen, aber in bezug auf unser Gewerbe leider armen Gau, in nächster Zeit auch ein numerischer Erfolg zu erwarten sein. Daher tue jeder Kollege sein möglichstes in der Aufklärung unserer Berufsangehörigen, werbe sie zum Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse, denn in der Einigkeit aller liegt unsere Macht.

F. r. Küster - Hamburg.

Korrespondenzen.

Deutschland. Zug nach Bielefeld ist streng fernzuhalten.

Schweden. Ganz Schweden ist wegen Aussperrungen und Generalfreie gesperrt.

Ungarn: Ueber die Lederwarenfabrik in Kaab und Rajhan ist die Sperre verhängt worden.

Oesterreich: Nach Mähr.-Odrau, Krakau (Galizien), Brünn (Mähren) und Innsbruck (Tirol) ist Zug strengstens fernzuhalten.

Schweiz: St. Gallen ist für alle Berufsangehörigen gesperrt.

Nürnberg-Fürth. Die Differenzen bei der Firma Ritter u. Klöpper sind beigelegt. Näherer Bericht folgt in nächster Nummer.

Krefeld. Eine öffentliche Versammlung, welche überaus stark besucht war, hielt die hiesige Zahlstelle am Sonntag, den 3. Oktober, ab. Die Tagesordnung lautete: Unsere Tarifbewegung. Als Referent war Kollege V. Groenhoff-Eberfeld erschienen. Er behandelte eingangs die Folgen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und die der neuen Steuern. Die neuen Lasten, welche man uns aufgebürdet hat, erfordern nun auch eine Erhöhung unserer Löhne. Wir haben wohl erwogen, ob eine Tarifbewegung auch angebracht ist, doch darüber sind wir dadurch hinweggekommen, daß die Prinzipale uns den Tarif selbst gekündigt haben. Die heutige Versammlung soll entscheiden, ob die Vorarbeiten der Tarifkommission den Weisfall der Kollegen finden oder ob diese angesichts der Lebensmittelerhöhung zu den alten Bedingungen weiter arbeiten wollen. Darauf brachte Redner den neuen Tarifentwurf zur Verlesung, welcher die Arbeitszeit auf 53 Stunden pro Woche festlegt und jede Affordarbeit ausschließt. Die Minimalgehilfenlöhne sollen nach ihm nach dreijähriger Lehrgelt betragen: im 1. halben Jahr 18 Mk., im 2. halben Jahr 20 Mk., im 3. Jahr 24 Mk. und im 4. Jahr 28 Mk. Für diejenigen Gehilfen, welche den Minimallohn schon haben, 5 Proz. Zuschlag. Als Minimallohne für Hilfsarbeiter werden gefordert: im Alter von 14 Jahren 8 Mk., 15 Jahren 10 Mk., 16 Jahren 12 Mk., 17 Jahren 14 Mk., 18 Jahren 16 Mk., 19 Jahren 18 Mk., 20 Jahren 20 Mk., 21 Jahren 22 Mk. und darüber hinaus 24 Mk. Arbeiterinnen sollen als Minimallohn erhalten: im 1. Jahre 6 Mk., im 2. Jahre 8 Mk., im 3. Jahre 10 Mk., im 4. Jahre 12 Mk., im 5. Jahre 14 Mk., im 6. Jahre 16 Mk. und im 7. Jahre 18 Mk. Ueberstunden werden mit einem Aufschlag von 30 Proz., Sonntagsarbeit mit einem Aufschlag von 50 Proz. bezahlt. Gesehilde und vom Geschäft angeordnete Feiertage werden bezahlt.

Dieser neue Tarif soll nun den Prinzipalen zugestellt werden, und zwar mit einem Begleitschreiben, welches Redner ebenfalls zur Verlesung brachte. Redner betonte, daß in der Organisation Disziplin vorherzusehen müsse sowie Vertrauen auf die Tätigkeit der Führer und ermahnte die Versammlung, festzuhalten an die Organisation, denn nur diese könne zum Ziele führen. Stürmischer Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. Nach einer kurzen Diskussion wurde der neue Tarif-

entwurf einstimmig angenommen. Der Vorsitzende Kollege Bauer ersuchte in seinem Schlußwort die Kollegen, die nächste Versammlung ebenso gut zu besuchen und forderte die anwesenden unorganisierten Kollegen auf, sich der Organisation anzuschließen. Ein jeder Kollege solle seine Pflicht und Schuldigkeit in der Tarifbewegung tun. Mit einem Hoch auf die Organisation und auf das gute Gelingen des neuen Tarifs wurde die vom besten Geiste besetzte Versammlung geschlossen.

Frankfurt a. M. In der am 5. Oktober tagenden Mitgliederversammlung erläuterte Kollege Meß den Beschluß des Vorstandes, den Extrabeitrag für weibliche Mitglieder von 10 Pf. pro Monat auf 5 Pf. pro Woche zu erhöhen. Nach kurzer Debatte wurde dieser Antrag einstimmig angenommen. Die von den Vorständen der Zahlstellen Frankfurt a. M. und Offenbach vorgelegten Richtlinien über die Verschmelzung der beiden Zahlstellen, wurden von der Versammlung einstimmig gutgeheißen. Der Vorstand wurde beauftragt, dem Zentralvorstand diese Beschlüsse vorzulegen, damit die Verschmelzung am 1. Januar 1910 perfekt wird. Die Vertrauensleute werden aufgefordert, die an sie ausgegebenen Adressenbogen ausgefüllt zurückzugeben. Die Adressen werden zur Hausagitation dringend gebraucht, doch sind leider von 50 ausgegebenen Bogen erst 3 abgeliefert worden.

Gießen. Unsere junge Zahlstelle hielt am 1. Oktober ihre erste Generalversammlung ab. Kollege Braunsdorf erstattete den Geschäftsbericht, aus dem man ersah, daß zwei Vorstandssitzungen und drei Mitgliederversammlungen stattgefunden haben. Der Mitgliederbestand beträgt zurzeit 16 männliche und 6 weibliche Personen. Der vom Kollegen Werner gegebene Kassenbericht wies an Einnahmen der Hauptkasse 133,45 Mk., an Ausgaben 28,11 Mk. auf. Die Nebenkasse hatte eine Einnahme von 25,61 Mk. und Ausgabe von 12,49 Mk. Den Kartellbericht gab Kollege R. o. c. Zu bedauern war der nicht gerade gute Besuch der Versammlung. Mögen sich doch unsere Kollegen und Kolleginnen in Zukunft eines regeren Besuches aller Versammlungen befleißigen. Zwei Neuwahlen machten sich notwendig, bei denen Kollege W. a. h. Meister als Kartelldelegierter und Schreiber als Revisor erworen wurden. Leider verließ uns dieser Tage auch Kollege Mose, um nach Berlin zu überfiedeln. Die Zahlstelle Gießen wird ihm für seine uneigennütige Organisationsarbeit ein stetes Andenken bewahren. Unter „Verschiedenes“ wurden mehrere interne Angelegenheiten behandelt.

Berlin. Die Kontobucharbeiter und -arbeiterinnen hatten sich am 7. Oktober nach längerer Zeit wieder zu einer Branchenversammlung im Gewerkschaftshaus eingefunden. Die Versammlung erregte sich eines guten Besuches, und referierte in ihr Kollege Geise über: „Steuerpolitik und Gewerkschaftskampf“, bei welchem Thema der Redner namentlich die Belastung des deutschen Volkes durch indirekte Steuern beleuchtete. Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrag wurde der Kollege Hermann Kloppe als Vertreter der Limierier in die Tarifkommission gewählt, und nach Erledigung einiger kleiner Angelegenheiten die Versammlung geschlossen.

Mannheim-Ludwigshafen. Die Denkschrift der Mannheimer Buchbinderinnung gegen die Druckereibuchbinder beschäftigte am 2. Oktober unsere Mitgliederversammlung. Der Vorsitzende ging ausführlich auf die Angaben der Denkschrift und die in ihr enthaltenen Beleidigungen gegen die leitenden Kollegen in den Buchbinderabteilungen der Druckereien ein und wies die Annahmen der Innung scharf zurück. Es sei eine alte Fälscherfassung, die mit Buchdruckerien verbundenen Buchbinderien als nicht fachständig hinzustellen und die dort beschäftigten Kollegen als Buchbinder zweiter Klasse zu betrachten. Broschürenbuden haben die Herren diese Abteilungen getauft, trotzdem sie wissen, daß dieser Ausdruck nicht mehr zutreffend ist, da alle, auch bessere Arbeiten, Geschäftsbücher usw., dort angefertigt werden. Diese mit den modernsten Maschinen ausgerüsteten Betriebe liefern jetzt gute und tabellose Arbeiten, und die Innung werde das Gegenteil nicht nachweisen können. Mit Gebet- und Schulbücherausfällen geben sich die Druckereibesitzer allerdings nicht ab. Auch wird in deren Buchbinderabteilungen keine Schmutzkonkurrenz getrieben, da dort ja bei kürzerer Arbeitszeit höhere Löhne gezahlt werden als bei den Herren der Zunft. Bei den letzteren stehe allerdings die Schmutzkonkurrenz in Blüte, wie es ja auch der Mannheimer Handwerkskammerbericht von 1908 attestiert. Nicht von den mit Buchdruckerien verbundenen Buchbinderien werden weite Kreise des Handwerks verunglimpft, sondern von jenen Innungsbrüchern, die in solch famoser Weise unseren gewerblichen Nachwuchs ausbilden, wie es in dem Mannheim-Ludwigshafener Bericht vom zweiten

Quartal geschickert wurde. Die Herren sollten doch deshalb erst vor der eigenen Tür stehen, ehe sie auf andere schimpfen. Charakteristisch sei es, daß der wahrscheinlichste Verfasser der Denkschrift, der Buchbindermeister Böhm, es ehemals vorzog, nicht bei seinen jetzigen Innungscollegen zu arbeiten. Die besseren Verhältnisse in den Druckerien werden ihm auch angenehmer gewesen sein, wenn er dabei auch als Broschürenschreiber angesehen wurde. Der weitere Vorwurf der Denkschrift, die Druckermeister hätten eigenmächtig einen Tarif mit den Gehilfen abgeschlossen, ist einfach lächerlich! Ist vielleicht die Innung nicht zu den Verhandlungen eingeladen worden? Hat nicht der Obermeister der Innung, Herr Walter, unseren Kollegen von der Tarifkommission erklärt: Der Tarif habe für die Innungsmeister keinen Wert, da sie ja doch nur wenige Gehilfen beschäftigen? Was soll nun der Vorwurf besagen! Wahrscheinlich scheint jetzt den Herren der Lohn, den sie zahlen müssen, zu hoch, und es reut sie, daß sie nicht mit verhandelt haben. Sie glauben vielleicht, sie hätten dann verschleudert auf den Tarif einwirken können. Die Neue kommt jetzt aber zu spät und dürfte außerdem überflüssig sein.

In der Diskussion bezeichnete Kollege Schmidt die Denkschrift als einen Notzettel der Kleinmeister über die hiesigen Verhältnisse, an welchen aber die Buchbindermeister selbst schuld seien. Sie hätten es nicht verstanden, mit der Zeit zu gehen. Früher war es ihnen nicht gut genug, die Broschüren für die Druckerien zu machen; selbstredend bekamen sie dann auch die besseren Arbeiten nicht, die alle nach auswärts gingen (Mainz usw.). In vielen Fällen hatten sich auch die Buchbinderereien als nicht leistungsfähig erwiesen, und seien so die Druckerien mit der Zeit gezwungen gewesen, ihre Buchbinderarbeiten selbst zu machen. An der Hand seiner langjährigen Erfahrungen schilderte er die Verhältnisse in den Buchbinderereien. Auch er wies die Vorwürfe gegen die in den Druckerien beschäftigten Kollegen entschieden zurück.

Die Versammlung war der Meinung, daß die Herren von der Innung der Schmutzkonkurrenz nur dann erfolgreich zu Leibe rücken können, wenn sie sich überall zur Einführung tariflicher Arbeitsverhältnisse bereit erklären und solche herbeiführen helfen, dann brauchten sie nicht mehr über die „fach-unwürdigen Druckerbuchbinder“ zu schelten und die Buchdrucker-Zeitschrift würde ihnen auch nicht wieder „soziale Missetätigkeit“ vorwerfen können.

Königsberg. Erfolgreich beendet wurde unsere hiesige Tarifbewegung. Wenn auch der Erfolg gerade kein großer ist, so kann man doch angesichts des schlechten Geschäftsgangs sich damit zufrieden geben. Der Minimallohn eines Gehilfen beträgt jetzt im ersten Jahr nach der Lehre 16 Mk., steigt bis zum dritten Jahr um je eine Mark pro Jahr, und in den folgenden zwei Jahren um je zwei Mark. Die Kollegen, welche bisher 22 Mk. und mehr pro Woche erhielten, bekommen eine fünfprozentige Lohnerhöhung; die Ueberstunden müssen an Werktagen mit 25, an Sonn- und Festtagen mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt werden. Die Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden, die Tarifdauer vier Jahre. Die Königsberger Arbeitgeber wollten zunächst von einer Regulierung der Lohnverhältnisse überhaupt nichts wissen, erst als sich die „Königsberger Volkszeitung“ unserer Sache annahm, erklärten sie sich zu Verhandlungen bereit, die dann zum Abschluß eines Tarifvertrages führten.

Rundschau.

Wer ist Werkmeister? Die Firma Georg Weigert, Albumfabrik, Berlin, Ritterstr. 22, stand kürzlich wieder einmal vor dem Gewerbegericht. Diesmal klagte der bei ihr als Maschinenmeister beschäftigt gewesene Buchbinder Köppen, weil er ohne Beachtung der für Werkmeister durch Gesetz vorgeschriebenen stündigen Kündigungsfrist ohne Grund auf die Straße gesetzt worden ist. Die Beklagte bestritt, daß der Kläger Werkmeister gewesen sei. Er sei als Buchbinder bei Kündigungsaußschluß engagiert und habe während der Erkantung des Werkführers Schöffler diesen vertreten. Der Kläger legte dar, von einer Vertretung des Sch. könne keine Rede sein. Diesem unterstehe der gesamte Betrieb, ihm sei nur die Maschinenabteilung, und zwar lange vor Erkantung des Sch., nämlich 14 Tage nach seinem Engagement, unterstellt worden, nachdem sein Vorgänger entlassen worden war. Der Kündigungsaußschluß habe nur für die ersten 14 Tage gegolten, in denen er als Buchbinder tätig war. Das Gericht stellte fest, daß der Kläger mit der Ausnahme und Ausgabe der Arbeiten, ihrer Durchsicht und Nachprüfung beschäftigt war und die Beaufsichtigung des etwa 15 Personen starken Personals zu führen hatte, auch Einstellungen und Entlassungen von Arbeitern bewirkte und geleistete Ueberstunden nicht bezahlt erhielt. Darauf wurde die Beklagte zur Zahlung der geforderten 216

Mark verurteilt. In der Begründung wurde mit Recht dargelegt, es komme nicht darauf an, ob der Kläger als Meister titulierte worden und was beim Engagement mit ihm darüber vereinbart sei, sondern lediglich seine wirkliche Tätigkeit. Die sei aber zweifellos die eines Werkmeisters gewesen. Deshalb war der Anspruch auf die sechsstündige Kündigungsfrist berechtigt.

Ein Entbindungshaus für Wiener Arbeiterinnen. Der Verband der Arbeiterkassen Wiens eröffnete am 3. Oktober sein auf der Türkenstange erbautes Entbindungshaus. Der Verband umfaßt etwa 320 000 Mitglieder, darunter etwa 80 000 weibliche. Er hat die ersten österreichischen Konvaleszentenheime für Arbeiter geschaffen, deren er zwei unterhält, und ist eben jetzt daran, zu beraten, auch den lungenkranken Arbeiterinnen zu errichten und durch sie ihnen Hilfe zu bringen, die ihnen die staatliche Organisation bis jetzt schuldig geblieben ist. Zum Grundstock des Entbindungshauses, das eine Viertel Million Mark kostet, fließen dem Verband freiwillige Spenden der 1. Wiener Sparkasse und anderer Institute zu. Ein Viertel der Kosten bringt der Verband aus eigenen Mitteln auf, und er ist es auch, der bei auf 50 000 Mk. jährlich veranschlagten Betriebskosten des Heims auf sich nimmt. Das mit allen modernen Vorrichtungen einer Geburtsklinik ausgestattete Haus wird gleichzeitig immer 30 Gebärende aufnehmen können, so daß eine 10tägige Verpflegungsbauer vorausgesetzt, rund 1000 Wiener Proletarierinnen alljährlich in diesem Heim ihre schwere Zeit werden verbringen können. Es ist ein bescheidener Anfang, aber ein Anfang ist es. Der Verband der genossenschaftlichen Krankenkassen Wiens ist die erste Krankenkassenorganisation der Welt, die in ihr Programm diese Art praktischen Mutter- und Kinderschutzes aufgenommen hat, und sein eben vollendetes Entbindungshaus ist die erste solche von einer Krankenkassenorganisation ins Leben gerufene Anstalt. Auch hier hat eine proletarische Organisation vorangehen müssen. Dieses neue Zeugnis für die Kraft der Idee des proletarischen Zusammenchlusses wird allenthalben Freude wecken, wie es zu wünschen ist, daß das neue schöne Werk überall, wofin von ihm die Kunde bringt, befruchtend anregend wirke.

Eine erhebliche Zunahme der Lehrlingszuchterei im allgemeinen konstatiert die badische Fabrikinspektion in ihrem Berichte für das Jahr 1908 als eine direkte Folge der wirtschaftlichen Krise. Das verminderte Bedürfnis nach Arbeitern in Fabriken macht die Neueinstellung von ungelerten Kräften, insbesondere von jugendlichen Arbeitern, entbehrlich; die Betriebe setzen lediglich darauf, sich einen festen Arbeiterstamm zu halten. Somit ist die Möglichkeit zum Unterkommen bei sofortiger Bezahlung für die aus der Schule entlassene Jugend gegenwärtig viel geringer, als zu Zeiten von Arbeitermangel. Daraus ergibt sich ein größeres Angebot von Lehrlingen als früher. Daß aber darunter die Ausbildung der Lehrlinge in ganz bedeutlichem Maße leidet, wird in dem Berichte ebenfalls zugegeben.

Umwertung der Werte. In unzähligen Fällen sind von deutschen Gerichten eheliche Arbeiter, die Verrätern an ihrem eigenen Interesse den Namen „Streitbrecher“ gaben, zu oft recht empfindlichen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Um so mehr interessiert folgender Gerichtsbeschluss, den wir unter Fortlassung der Namen wörtlich zum Abdruck bringen:

„Amtsgericht Hamburg.
In Privatklage gegen ... Privatklägers, gegen ... Verurteilten, beschließt das Amtsgericht durch den Vorsitzenden ...: „Der Antrag auf Eröffnung des Hauptverfahrens wird abgelehnt; der Kläger trägt die Kosten des Verfahrens. Gründe: Das Wort Streitbrecher ist keine Beleidigung. Es bedeutet einen Arbeitswilligen, einen Menschen, der arbeitet statt zu streiken. Das ist kein Vorwurf, sondern ein Lob.“
Hamburg, den ... ges. ... beglaubigt ...“

Wenn die Dame Justitia nicht oft, natürlich unbenutzt, sich dazu hergeben würde, die Nachgefühle der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zu befriedigen, so hätten sich längst alle deutschen Gerichte auf den — bis auf den Schlüssel — vermünftigen Rechtsstandpunkt des obigen Gerichtsbeschlusses stellen müssen.

Aufruf!

Die Zahlstelle Frankfurt a. M. feiert am 26. und 27. Februar 1910 das 25 jährige Bestehen der Buchbinderorganisation am Orte. Zu dieser Feier beabsichtigt die Zahlstelle eine kleine Festschrift herauszugeben, in der alle wichtigen Ereignisse des Fachvereins bezw. Zahlstelle registriert werden sollen. Wir ersuchen deshalb die Kollegen, welche in dieser Zeit hier tätig waren und im Besitze von wichtigen Dokumenten usw. sind, uns dieselben auf kurze Zeit wenigstens leihweise zu überlassen, sofern sie für den Besitzer persönlichen Wert besitzen oder persönliches Eigentum sind. Da ferner in den

Jahren 1873—78 ein Fachverein bestand und von 1880 ab ein Unterstützungsberein (Meister und Gesellen), sind uns auch Mitteilungen von Erinnerungen und Erlebnissen älterer Kollegen aus jener Zeit sehr erwünscht. Wir hoffen, daß durch die Mitarbeit der älteren Kollegen es dem Vorstand gelingt, diese Schrift zu einem wichtigen Dokument der Zahlstelle resp. des Verbandes zu gestalten. Alle Mitteilungen bezw. Sendungen sind zu richten an: Herrn. Meß, Frankfurt a. M., Herbartstraße 6 II.

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand der Zahlstelle Frankfurt a. M.

Abrechnungen

vom 3. Quartal gingen bis zum 12. Oktober bei der der Verbandskasse ein:
Lilith 56,31. Dessau —. Wittenberg 93,85. Zeiß 77,69. Lübeck 221,65. Eisenach —. Gößnitz 257,01. Langensalza —. Weimar 50,20. Gießen —. Falkenstein 150.—. Kaiserlautern —. Saarbrücken 67,37. Freiburg 10.—. Konstanz 100.—. Erlangen 150.—. Wf. E. Saucisen.

Literarisches.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Leipzig vom 12. bis 18. September 1909. Aus den Verhandlungen erwähnen wir besonders Schnapsbottkott. — Erbschaftsteuer. — Raifeier. — Internationaler Kongress. — Reichsverficherungsordnung. Preis brosch. 1,25 Mk., geb. 1,75 Mk. Auf gutem Holzpreis Papier brosch. 2,50 Mk., geb. 3,50 Mk. Zu beziehen durch alle Parteispeditionen und Buchhandlungen sowie direkt vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Schon bei der Besprechung der Leipziger Tagung haben wir ausgesprochen, daß das diesjährige Parteitagsprotokoll von jedem Arbeiter gelesen werden sollte, was wir heute nur wiederholen können.

Biblische Geschichten. Unter diesem Gesamttitel beginnt im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, soeben eine Broschürenserie zu erscheinen, die zum geschichtlichen Verständnis der Religion beitragen soll. Verfasser ist der Genosse Max Weinbrecher. Heft 1, Schöpfungsgeschichten, gelangte soeben zur Ausgabe. Jedes Heft kostet 1 Mk. Volksausgabe 0,40 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Zeitungs Expeditionen und Kolporteurs. Prospekt auf Wunsch gratis und franco vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

In dem Geleitwort zu seinem Buch schreibt dessen Verfasser über sein Werk: „Es will ein geschichtliches Buch sein. Es will erzählen, was bei der Ausbildung der heute herrschenden Religion wirklich geschehen ist, welche sträfe dabei tatsächlich gewirkt haben.“ Die jetzt erschienenen „Schöpfungsgeschichten“ werden diesem Programm nicht gerecht. Sie bieten wenig Fakten und viel Hypothese; sachsinntige Gedankenexperimente, doch nur wenig wirkliche Geschichte. Wir wollen hoffen, daß die folgenden neun Hefte die Mängel des ersten ausgleichen, doch — um es gleich vorweg zu sagen — wir erhoffen nicht allzu viel. Beiträge zum geschichtlichen Verständnis der Religion dürfen unseres Erachtens nicht nur aus dem israelitischen und babylonischen Zagenkreis geschöpft werden. Sollen sie den unbefangenen Leser zum vollen Verständnis des Wesens der Religion führen, so müssen alle bekannten Religionslehre und die ökonomischen Verhältnisse, aus denen sie entstanden, Berücksichtigung finden, zumal alle ähnliche Entwicklungsstufen durchlaufen und darum Analogien enthalten. Für solche, die noch mit dem Zweifel ringen, ob jene Religion, die man ihnen in ihrer Stundheit anbrachte und einprägelte, die wahre ist, mag das vorliegende Bestehen wertvolle Anregungen bringen und ihre eigene Gedankenarbeit beleben. Darin besteht kein Wert. Das ist aber auch sein einziger! Wer mit seiner religiösen Weltanschauung bereits im Klaren ist, kann es entbehren.

Arbeiterphilosophen und -dichter. Herausgegeben von H. Levenstein. Morgen-Verlag, Berlin W., Potsdamer Straße 4. Preis 1,40 Mk.

Arbeiter geben hier ihre Gedanken und ihre Empfindungen in poetische Form. Es bleibt diese zwar meist ungenau, rauh und eckig, aber gerade darum wirkt sie so lebenswahr und wird zu einem getreuen Bild des rauhen Arbeiterlebens. Man möchte mit einem zornigen Stuch auf den Lippen das Buch aus der Hand legen, mit einem Stuch über unsere göttliche Weltordnung, die alle die Fähigkeiten und Anlagen der Männer im Arbeitsmittel, von denen das Buch so bereiches Zeugnis ablegt, in Not und Elend, Maschinenlärm und überlanger Arbeitsqual erstickt läßt, während der volle Bedeutend auch dem höchsten Trost den Weg zum Erlös ebnet.

Singe mit. Eine Sammlung politischer und gewerkschaftlicher Stimmeslieder nach bekannten Melodien. 15. verbesserte und ergänzte Auflage. 80 Seiten. 20 Pf. Porto 5 Pf. Verlag von Mich. Lipinski, Leipzig, Eisterstraße 14.

Briefkasten.

H. P., Oldenburg. Kersten: „Der exakte Bucheinband“. Verlag: W. Snapp, Halle a. S. Preis 8 Mk. Zul. Fr., Berlin. Inserat kostet 3 Mk.

ANZEIGEN

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchhinder etc. (Eingeschr. Hilfsk.) Sitz Leipzig.

Verwaltungsstelle Hannover.

Sonnabend, den 23. Oktober 1909, abends 1/29 Uhr, im Kassenlokal

Hauptversammlung

zur Entgegennahme der Rechenschaft über das 3. Quartal 1909, zu der vollzähligen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Dresden.

Sonntag, den 24. Oktober 1909, vormittags 1/11 Uhr

Hauptversammlung

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchhinder-Verband.

Unserem werten Vorsitzenden Kollegen

Richard Zimmermann

zu seiner Vermählung mit Fräulein

Klara Diez

die besten Glückwünsche!

Zahlstelle Lübeck.

=====

Unserem lieben Kollegen

Lorenz Hauschild

zu seiner Vermählung mit Fräulein

Margarethe Thiel

die herzlichsten Glückwünsche!

Zahlstelle Coblenz a. Rh.

=====

Wir suchen per sofort einen jüngeren, tüchtigen **Etuisarbeiter**, der möglichst schon auf Ständer und Etalagen gearbeitet hat.

Deutsche Glas- u. Metallwaren-Ges. m. b. H., Köln (Rhein), Mafstrichterstr. 49.

Achtung!

Berlin!

Achtung!

Dienstag, den 16. November 1909, abends 1/29 Uhr, im Lokale von Bercht, Ritterstraße 75:

General-Versammlung

der Arbeitslosen-Zuschusskasse für Buchbinder und verwandte Berufe.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Stellungnahme zu dem Beschlusse der Zahlstellen-Generalversammlung vom 25. 8. 09.
3. Anträge.
4. Neuwahl des Gesamtvorstandes.
5. Verschiedenes.

Anträge sind gemäß § 8 des Statuts 14 Tage vorher beim Vorstand einzureichen.

Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Berlin!

Buchbinderbranche!

Berlin!

Mittwoch, den 20. Oktober 1909, abends 7 Uhr, im Lokal von A. Bercht, Ritterstr. 75

Branchen-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag.
2. Branchenangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Tariffkommission.

Die Agitationskommission.

Berlin.

Die Bibliothek ist geöffnet

Dienstags von 6 bis 8 Uhr abends

Donnerstags " 6 " 7 " "

Sonnabends " 6 " 8 " "

Die Bibliothekskommission.

Die Zahlstelle Neuenburgerstraße 17a ist jetzt nach der Neuenburgerstraße 33 bei Herrn Schmaita verlegt.

Die Ortsverwaltung.

Tüchtige Etuistischer

auf polierte Etalagen eingearbeitet, sowie tüchtige Etuisarbeiter für feinere Arbeiten in dauernde Stellung gesucht.

Sermann Schulze, Etuisfabrik, Eilenburg bei Leipzig.

Gesucht an jed. Ort Leute, w. Betrieb hochgeleg. Neuheiten (Erstklassig. Weihnachtartikel) üben. Hoher Nebenverd. für jedermann. Ausf. vollst. kostenl. Herrn. Wolf, Zwickau Sa., Nordstr. 30.

Winkel, Lineale, Schienen,

Zirkel, Messer, Scheren usw. empfiehlt J. Clement, Leipzig.

Sparkasse 1908 d. Personals v. Lüderitz & Bauer. Montag, den 25. Oktober 1909, abends 6 Uhr

Abchluss-Versammlung

im Restaurant der Markthalle, Mauerstraße

Tagesordnung:

1. Bericht über den Verlauf der Straf-anzeige gegen den Kassierer J. Müller.
2. Schlussrechnung.

Das Erscheinen aller ehemaligen Mitglieder ist erforderlich.

Der Vorstand. J. A.: Julius Trümper.

1 Maßanzug 16 Mk. Mod. Dess. Muster fr. Max Hacker, Rathibor 477.



Buchbindereibedarf

Papier- u. Lederwaren Kostenfreier Arbeitsnachweis für Buchbinder O. Th. Winckler, Leipzig

Achtung!

Rixdorf.

Achtung!

Restaurant „Zum alten Sangesbruder“

Mache hiermit bekannt, dass ich Pflügerstr. 9, nahe Kottbuserdamm (Haltestelle d. elektr. Bahn Hohenstaufenplatz), ein-Restaurant mit gr. Vereinszimmer

käuflich übernommen habe. Da es mein eifrigstes Bestreben sein wird, meinen werten Gästen einen gemütlichen Aufenthalt zu bieten, so lade ich hiermit alle Freunde, Kollegen und Kolleginnen

----- zum Besuch freundlichst ein -----

Achtungsvoll

August Westerhausen.

NB.: Für ff. Speisen und Getränke, auch tägliche musikalische Unterhaltung, ist bestens gesorgt.

Buchbinder Männerchor Leipzig

Sonnabend, den 23. Oktober 1909

Lieder-Abend

im Saale der „Drei Mohren“, Leipzig-Anger.

Mitwirkende:

Herr Jänike (Violin-Solo) und das Lipsia-Streichquartett.

Nachdem: Großer Ball mit Chrysanthemen-Polonaise.

Einlaß 1/28 Uhr.

Anfang 1/29 Uhr.

Programme sind bei allen Sangesbrüdern zu haben. Vorverkauf 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.

Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein

Der Vorstand.